

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 38. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 5 2003

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15

Die direkte Demokratie – Pfahl im Fleisch der Internationalisten



Hans Steffen,
e. Nationalrat,
Fischenthal

Gewisse Entwicklungen in verschiedenen politischen Bereichen nähren den Verdacht, es seien Kräfte von aussen mit dem Ziel am Werk, das einmalige System der direkten Demokratie, der Unabhängigkeit, der Neutralität und Freiheit der Eidgenossenschaft zu zerstören. Nur auf diese Weise würde die Schweiz jenes tiefe Niveau der parlamentarischen Demokratie erreichen, welches die Herrschaft einer kleinen Elite und einer selbstgefälligen Administration in der europäischen Union erst möglich macht.

Aussenpolitik

Spätestens seit den 70-er Jahren des letzten Jahrhunderts verstärkte

POSTCODE 1

AZB 5332 Rekingen

sich der Trend im Bundesrat und bei der Mehrheit des Parlaments hin zur Integration der Schweiz in Internationale Organisationen. Der Beitritt zur Uno wurde von Bundesrat und Administration mit einer beispiellosen Indoktrinationswelle erzwungen. Dass es mit dem Beitritt der Schweiz zur EU nicht vorwärts gehen will, ist wohl in erster Linie der Wirtschaft zu verdanken, die offensichtlich auf

die Bremse getreten ist. Der Beitritt der Schweiz zur Weltbank, zum Weltwährungsfonds und zum GATT bzw. zur WTO und GATS hat Auswirkungen in verschiedenste Lebensbereiche und ist mit Vorschriften verbunden, die unsere Souveränität erheblich einschränken. Das GATS-Abkommen hat zum Ziel, Dienstleistungen für den Handel frei zu geben, wie beispielsweise: Post, Telekommunikation, Energie- und Wasserversorgung, Banken und Versicherungen, medizinische Dienste, Tourismus, Transport, Handel, Bauwesen, Bildung und Kultur.

Diese von der öffentlichen Hand im Interesse aller Personen durch Gesetze und Verordnungen geschützten Dienste sollen dem freien Markt unterstellt werden. Was wird die Folge sein? Entmachtung des Staates und damit der Bürgerschaft – dafür alle Macht den Grosskonzernen!

Staatspolitik

Die von Bundesrat und Parlament dem Volk lediglich als Nachführung und inhaltliche Straffung aufgeschwatzte neue Bundesverfassung (nBV) hat unter anderem die Auswirkungen,

- dass nicht mehr von Bürgern gesprochen wird, sondern von Personen,
- dass die Armee jetzt auch im Ausland wirken darf,
- dass das Antirassismus-Gesetz – oder besser «Maulkorbgesetz» – auf die Ebene der nBV angeheben wurde,
- dass das Nationalbankgold zu einem grossen Teil auf dem Markt verschleudert wird, statt es als Notration in Gebirgsstollen der Schweiz aufzubewahren,
- dass der Bundesrat ein Heer von Public-Relations-Leuten (über 450!) unterhält, die den Steuerzahler über 60 Millionen Franken im Jahr kosten, und die nichts anderes tun, als dem «dummen Volk» über die koordinierten Medien einzuhämmern,

SD gegen Bilaterale II und freien Personenverkehr im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung



Die Schweizer Demokraten (SD) fordern den unverzüglichen Abbruch der bilateralen Verträge II mit der EU, weil sie für unser Land mit schweren Nachteilen verbunden sind. Insbesondere die geplanten Grenzöffnungen (Schengener-Abkommen) und die Preisgabe des Bankkundengeheimnisses können für die SD niemals hingenommen werden. Auch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf osteuropäische Staaten kommt für die SD nicht in Frage. Bereits jetzt führen die SD mit politisch ähnlich ausgerichteten Organisationen Gespräche über ein allfälliges Referendum.

Einmal mehr fordern die SD den Bundesrat eindringlich auf, das EU-Beitritts-gesuch zurückzuziehen und so den eindrücklichen Volksentscheid vom 4. März 2001 zu respektieren, wonach 77% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sowie alle Kantone einen EU-Beitritt ablehnten.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralsekretär, Bern

was Bundesrat und Parlament durchboxen wollen.

- dass internationales Recht als übergeordnetes Recht das schweizerische Staatsrecht bricht und dass fremde Richter über der Schweiz zu Gericht sitzen,
- dass mit der Einführung der sogenannten «Verordnung der Bundesversammlung» wichtige Anordnungen, die früher auf Gesetzesstufe geregelt werden mussten, neu vom Parlament bestimmt werden können, und dies ohne dass das Volk das Referendum ergreifen kann – so vorgesehen bei der Militärgesetzes-Revision vom 18. Mai 2003.

Diese Liste liesse sich noch erweitern. Wir können eines feststellen: Die politische «Elite» ist daran, die Mitsprache des Volkes einzuschränken. Man will von oben nach unten «herrschen». Noch vor einer Generation war die politische Macht im Land nach dem Prinzip der direkten Demokratie so organisiert, dass die gesetzgebenden Behörden (NR + SR) den Bundes-

rat zum Handeln aufforderten, dieser seine Vorlagen ausarbeitete, während das Referendum und die Initiative dem Volk Mitsprache auf Verfassungs- und Gesetzesebene ermöglichte. Statt ihre Hausaufgaben ordentlich zu lösen, reisen bei jeder wichtigen Abstimmung die Bundesräte wie Marktschreier im

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 5 Ja zum mittelfristigen Atomausstieg
- 5 SD im Nationalrat
- 6 Von den Kollateralschäden zum Staatsterror
- 7 Bilaterale II: Mehr Schein als Sein?
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

Die direkte Demokratie

Fortsetzung von Seite 1

Lande herum und kämpfen für ihre Abstimmungsvorlagen, statt wie früher diese Aufgabe den Parlamentariern verschiedener Couleur zu überlassen. Die Exekutive spielt sich seither als «Regierung» auf, und aus den Bundesräten und Departements-Vorstehern werden von den Medien «Minister» gemacht, obwohl die Verfassung keine «Regierung» und keine «Minister» kennt. Gewisse Leute empfinden das System der direkten Demokratie als Beschränkung ihrer persönlichen Machtgelüste und wünschen sich eine parlamentarische Demokratie, wie sie in der EU üblich ist. Damit wäre die Mitsprache des Souveräns am Ende.

Versorgung

Während noch vor einer Generation die Schweiz dafür bekannt war, dass sie für Krisenzeiten eine hervorragende Lagerhaltung und Lagerbewirtschaftung aufrecht erhielt, sieht es jetzt diesbezüglich schlecht aus. Pflichtlager von Industrie und Handel wurden auf ein Minimum reduziert; mit der Abschaffung des Getreideartikels ist die wichtige Brotversorgung durch einheimisches Getreide kaum mehr gewährleistet. Die Feldbäckereien der Armee wurden mehr oder weniger liquidiert und im Rahmen der Entwicklungshilfe in Ostländer verfrachtet. Auf diese Weise wird die Schweiz vom Wohlwollen des Auslandes abhängig, im Getreidebereich von US-amerikanischen Getreidemultis wie Monsanto, Cargil.

Im Nachgang zu Abrüstungskonferenzen wurde die Lagerhaltung für eine grosse Schweizer Volksarmee zusammengestrichen, was spätestens nach einem länger dauernden Waffengang im Nahen Osten schmerzliche Auswirkungen zeitigen dürfte.

Verteidigung

Die Gründe für eine Ablehnung der «Armee XXI» sind bekannt. Wer einer Volksarmee unter demokratischer Kontrolle verbunden ist, lehnt die geplante NATO-kompatible Mickey-Mouse-Armee nach US- und NATO-Vorbild strikte ab. Wer sind denn die geistigen Väter dieser Armee XXI?

Die Namen sind bekannt: Bundesrat Ogi, der Kommunikator und Moderator, und die Herren Brigadier Zwygart, die Divisionäre Siegenthaler und Roulier und Oberst Wegmüller. Eines verbindet die vier hohen Offiziere: Sie haben

alle in den USA Lehrgänge besucht und zum Teil mit einem Master-Degree abgeschlossen. So ist es wohl nicht verwunderlich, dass sich diese Ausbildungssöldner für einen Umbau der Armee nach US-Vorgaben stark machen. Über das Motiv ihres Einsatzes gibt es verschiedene Möglichkeiten: Freundschaft, Gehirnwäsche, Segen höchster Vertreter der Mächtigen hinter den Kulissen oder ehrgeiziger Dienstleister...

Leider verkennen die Befürworter der Armee XXI die veränderten sicherheitspolitischen Gegebenheiten in Europa und weltweit.

Die Planung der Armee XXI liegt sowohl vor dem Kosovo-Krieg (1999), als auch vor dem Anschlag des 11. September 2001, vor dem Afghanistan-Krieg (2001/2002) und vor dem Irakkrieg 2003. Sie basiert also auf einer überholten Beurteilung der Lage. Zudem ist das «Verteidigungsbündnis NATO» mittlerweile zu einem «Angriffsbündnis» verkommen. Die vom Bundesrat für die Schweiz eingegangene «NATO-Partnerschaft für den Frieden» wird immer mehr zu einer «NATO-Partnerschaft für den Krieg». Leider verstösst diese Einbindung unseres Staates, allen Beteuerungen zum Trotz, gegen die Bundesverfassung. Diese verpflichtet den Bundesrat in Artikel 185, Absatz 1, «die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz» zu wahren. Dieser Umstand und andere staats- und sicherheitspolitische Überlegungen sind Gründe genug, die Vorlagen zu Militär und Zivilschutz am 18. Mai abzulehnen.

Kommentar

Es gäbe noch eine Reihe anderer Bereiche, wo ebenfalls offensichtlich wird, dass auf den Bundesrat, seine Entouragen, auf Parlament und Parteiführungen, auf Verleger, Chefredaktoren und andere Multiplikatoren erfolgreich Einfluss durch Lobbyisten genommen wird. Endziel dieses Prozesses dürfte die Errichtung einer «One World», einer Weltregierung, eines «globalen Dorfes» sein, wo selbsternannte Eliten mit Zuckerbrot und Peitsche die brodelnden Menschenmassen unter ihrer Herrschaft halten werden. In diesem System wäre eine Eidgenossenschaft ein Fremdkörper. Also ist man daran, dieses menschenfreundliche Modell zu beseitigen. Ob diese Sicht der Dinge falsch oder richtig ist, wird sich zeigen. Um diesen Prozess bremsen oder gar beenden zu können, bräuchte es die Mobilmachung aller Gutgesinnten – und dies nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit.

Eine Zahngeschichte

Oder: wer bezahlt Susis Zahnspange?

Der Tochter eines guten Bekannten, nennen wir sie Susi, wurde vom Zahnarzt ein sogenannter «Tiefbiss» attestiert. Dies müsse zwingend kieferorthopädisch korrigiert werden, damit keine Schäden am Kiefer entstehen. Als geeignete Massnahme wurde eine Spezialspange empfohlen (Plättli auf die Zähne). Der Eingriff sowie die Nachbehandlungen würden ca. Fr. 10'000.– kosten. Aber, so wurden die Eltern anfangs beruhigt, die IV bezahle je nach Schwere bzw. Winkelstellung der Zähne diese Korrektur. Offensichtlich wird diese Diagnose häufiger gestellt – man beachte die vielen Plättchen auf jugendlichen Zähnen ...

Nach erfolgten Messungen eröffnete der Kieferorthopäde meinem Bekannten, dass diese Zahnkorrektur bei Susi gemäss IV-Vorgaben nicht bezahlt wird (Fehlstellung sei zu wenig ausgeprägt). Aber auch die Krankenkasse zahlt nicht, da für Susi seinerzeit keine Zahnversicherung abgeschlossen werden konnte. Die Fehlstellung war nämlich bereits anlässlich einer Kontrolle im Kindesalter festgestellt worden. Die kostspielige Zahnbehandlung geht also zu Lasten des Ersparten bzw. des noch zu Ersparenden.

Die Familie meines Bekannten ist also jetzt, zum Wohle des Kindes, gezwungen, die Kosten selber aufzubringen und damit nicht zuletzt der IV einen Haufen Geld zu sparen. Würde die Korrektur nämlich jetzt nicht gemacht, müsste die IV für die daraus entstehende Anomalie Leistungen erbringen. Diese wären sicher höher als die vorliegende Zahnarztrechnung.

Ich frage mich deshalb: kann es wirklich sein, dass in unserem Staat eine Familie zwischen die Maschen der Sozialeinrichtungen fällt und solche hohen Beträge selber aufbringen muss, während der Staat, bzw. die Krankenkassen z.B. die Heroinabgabe an Drogensüchtige unterstützen bzw. finanzieren. Muss die kleine Susi jetzt anfangen Drogen zu nehmen oder Alkohol zu trinken, damit dann ihre Behandlung vom Staat bzw. dessen Sozialeinrichtungen finanziert wird?

Ich weiss, Kinder zu haben ist freiwillig. Aber irgendwann wird sich – nicht zuletzt wegen solcher Geschichten – niemand mehr Kinder leisten können. Und wie geht es dann weiter?

Peter Bühler, Stadtrat/
Kantonalpräsident SD, Bern

Wie sicher können wir uns noch fühlen

Als ich vor wenigen Tagen in einem Restaurant aus dem WC kam und mich zum Waschtrog begab, bemerkte ich im Spiegel, wie sich ein schwarzer Mann im WC aufhielt und bei offener Tür sein Geschäft verrichtete. Dabei schaute er dauernd zurück, ob ich ja auch schauen oder etwas sagen würde. Dem Inhaber habe ich dies natürlich sofort gemeldet und er wollte auch nachsehen, aber da war es leider schon zu spät, der Herr hatte sich schon in die Bar verzogen. Und da ging die Geschichte auch noch weiter. Der Herr pöbelte alle Damen in der Bar auf Französisch an, worauf sich die Bardame entschloss, diesen Herrn des Lokales zu verweisen. Wie sich herausstellte, war dies kein einfaches Unterfangen, da sich der Herr weigerte und sich immer wieder an die Frauen ranmachte. Gott sei Dank war da ein Flughafenpolizist, der sich an den Herrn wandte, und es

gelang ihm dann auch nach über zehn Minuten, den Mann aus dem Lokal zu begleiten.

Als ich am 8. Juli 2002 ein Postulat zur vermehrten Personenkontrolle einreichte, tat ich dies eigentlich wegen der Kriminalität. Doch nach diesem Erlebnis muss ich sagen, ist es bitter nötig, dass in dem Bereich etwas unternommen wird. Denn man kann sich hier in Opfikon/Glattbrugg als Frau wirklich bald nicht mehr alleine auf die Strasse begeben. Und ich kann mir vorstellen, dass solche Leute auch vor Kindern nicht Halt machen werden.

Was soll aus unserer Schweiz noch werden? Werden wir irgendwann mal nichts mehr zu sagen haben in unserem eigenen Land? Geht unseren Politikern in Bern nicht mal ein Licht auf, oder erst wenn es zu spät ist?

Elvira Kaese, Präsidentin/
Gemeinderätin SD Sektion Bülach



Uranmunition und die Folgen

Wie schon im ersten Golfkrieg und im Kosovokrieg haben die US-Amerikaner im zweiten Golfkrieg wieder so genannte uranhärtete Munition verwendet.

Im ersten Golfkrieg sollen insgesamt 300 Tonnen dieser Munition verschossen worden sein. Diese Munition enthält abgereichertes Uran, ein Abfallprodukt aus der Herstellung von Uranbrennstäben für die Kernkraftwerke. Sie hat damit eine höhere Durchschlagkraft, etwa durch Panzerplatten, als die herkömmliche Munition. Sie ist aber auch wesentlich gesundheits- und umweltschädlicher, weil sie zu einer Durchseuchung des Lebensraumes mit radioaktiv strahlenden Substanzen führt, so dass sowohl das UNEP, die Umweltorganisation der UNO, die Weltgesundheitsorganisation WHO sowie das PSR/IPPNNW (Physicians for Social Responsibility/International Physicians for the Prevention of Nuclear War), eine Ärztevereinigung, sich mit dem Problem befasst haben. Dies änderte jedoch nichts daran, dass die Amerikaner diese Munition wieder verwendeten. Offenbar haben sie ihre gesamte Rüstungsindustrie auf diese Munition umgestellt. Im Jugoslawienkrieg sollen sie sogar Plutonium ihrer Munition beigemischt haben.

Schon lange bekannte Auswirkungen

Dass die radioaktive Strahlung beziehungsweise die Erhöhung des natürlicherweise bereits vorhandenen radioaktiven Strahlenpegels gesundheitsschädliche Wirkungen hat, ist schon lange bekannt; noch bevor es Atomwaffen und eine friedliche Nutzung der Atomenergie gab. Die ersten schlechten Erfahrungen wurden mit den Röntgenstrahlen gemacht. Dass über das Ausmass der Gefährlichkeit radioaktiver Strahlen noch heute gestritten wird, hat damit zu tun, dass die Schädigungen zum grösseren Teil mit Verzögerung eintreten, nach so genannten Latenzzeiten. Da sie auch Mutationen oder genetische Schäden, also solche an

der Erbsubstanz erzeugen, dauert es sogar Generationen, bis diese im vollen Ausmass abgeschätzt werden können. Experimentell kann ihre Schädlichkeit auf biologische Gewebe und Organismen jedoch auch kurzfristig getestet werden.

Vielfältige Schäden

Auf Grund solcher Experimente müssen wir annehmen, dass die radioaktive Strahlung neben Erbschäden die Krebs- und Tumorkrankheiten, insbesondere diejenige der Leukämien steigert, angeborene Missbildungen verursacht, die Zahl der Tot- und Fehlgeburten erhöht, die so genannte perinatale Mortalität, also die Sterblichkeit rund um die Geburt vergrössert und die Fruchtbarkeit bis zur Sterilität beeinträchtigt. Das unfreiwillige Massenexperiment des Kernkraftwerkunfalls von Tschernobyl hat diese Befürchtungen grösstensteils bestätigt, wie an einem Symposium der Universität Basel am 15. Februar 2003 von Wissenschaftlern u. a. aus Weissrussland und der Ukraine berichtet wurde. Die strahlenden Substanzen werden dabei mit der Nahrung, teils auch mit der Atmung aufgenommen und im Körper fest eingebaut.

Ähnliche Resultate sind als Folge des ersten Golfkriegs aus dem Südirak bekannt. Das hat die USA jedoch nicht davon abgehalten, auch im zweiten Golfkrieg mit abgereichertem Uran gehärtete Munition zu verwenden.

Eine andersartige Bedrohung ist der Tatbestand, dass Uran (selbstverständlich auch Plutonium!) in verschiedenen Verbindungen, namentlich als Oxid, chemisch giftig ist. Oxide entstehen, wenn mit Uran gehärtete Granaten auf hartes Material wie Panzerplatten aufreffen. Der Aufprall pulverisiert die Munition, zurück bleibt Uran-dioxid in Form von unsichtbaren Teilchen in Aerosolen, die bei der Atmung tief in die Lungen eindringen. Das Endergebnis sind Nieren- und Leberschäden.

Dr med. Jean-Jacques Hegg

Kanton Zürich will die Einwanderung fördern!

Gemäss Volkswirtschaftsdirektor Ruedi Jeker werden in rund 20 Jahren auf dem Schweizer Arbeitsmarkt rund 430'000 Personen im erwerbsfähigen Alter fehlen, wenn nicht mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland zuziehen. Der Regierungsrat (ZH) verlangt vom Bund Erleichterungen für hochqualifizierte Arbeitskräfte: Die Aufenthaltbewilligung hat ungeachtet der Kontingente zu erfolgen und ihre Familien sollen sie mitbringen dürfen. Gemäss Jeker hängt der wirtschaftliche Erfolg des Kantons Zürich in Zukunft massgeblich davon ab, ob die Schweiz für Zuwanderer attraktiv ist. – Soweit die Pressemeldung.

Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft seien auf die Studie von Prof. Ambros Lüthi (Uni Freiburg) aufmerksam gemacht, welche auf das Problem der nötigen Arbeitskräfte eingeht. – Wenn man die Zahl der Nichtarbeitsfähigen (Junge + Alte) gleich 100% setzt, dann war zu Beginn des letzten Jahrhunderts die Zahl der Arbeitsfähigen nur 17% höher, betrug also 117%. Der Wert ist dann laufend gestiegen und hat heute ein Maximum von 164% erreicht. Dieser wird wieder abnehmen, er lässt sich nicht auf Dauer aufrecht erhalten. Aber selbst im Jahr 2040 wird er mit 121% noch nicht auf den Wert von 1900 abgesunken sein. Das Beibehalten des heutigen Anteils der Arbeitskräfte würde ein stetiges Wachstum der Bevölkerungszahl voraussetzen. Diese

Entwicklung sei anhand einer ähnlichen Forderung gezeigt: Die relative Zahl der «Alten» dürfe nicht weiter zunehmen. Auch dies ist nur mit einem ständigen Wachstum erreichbar. Hier die Zahlen von Prof. Lüthi:

Jahr	Über 65 J. (=15%)	Gesamtbevölkerung
2000	1,1 Mio.	7,2 Mio.
2025	1,5 Mio.	10,1 Mio.
2050	2,1 Mio.	13,8 Mio.
2075	2,8 Mio.	19,0 Mio.
2100	2,9 Mio.	26,2 Mio.

Es ist ohne Computerberechnungen einzusehen: Auch die Einwanderer «im erwerbsfähigen Alter» werden älter und eines Tages pensioniert, worauf noch mehr junge Einwanderer nötig sein werden. Geht das? In einer endlichen Welt (Schweiz) ist ein unendliches Wachstum aus ökologischen Gründen ausgeschlossen, es würde zu einer Katastrophe führen. Die immer wieder auftretenden «Wachstumsforderer» sollten die genannten Daten studieren und erkennen: Es gibt kein ewiges Wachstum. Statt solch unrealistische Forderungen zu stellen, wäre es besser, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie mit den vorhandenen Arbeitskräften auszukommen ist.

Zudem: Was sagen die 120'000 Arbeitslosen in der Schweiz zu den Forderungen Jekers?

ecopop Bulletin

Missbrauch von Tieren zum Kokainschmuggel

Kriminelle Syndikate Kolumbiens und Mexikos missbrauchen die Fischereiindustrie für den Kokainschmuggel in die USA und andere Staaten. Ganze Thunfischflotten und Abfüllstationen in Süd- und Mittelamerika sind von ihnen aufgekauft worden, und die Fangschiffe werden zum Transport des «white tuna» genannten Kokains benützt. Da die Schiffe nur als Deckmantel für den Schmuggel dienen, sind auch deren Fangmethoden abscheulich. Teilweise werden sogar aus Helikoptern Handgranaten auf die Delfinschulen abgeworfen, unter denen die Thunfische schwimmen. Betäubt von den Explosionen werden die Delfine mitsamt den Thunfischen dann

mit den Netzen an Bord gezogen und danach als toter und nicht erwünschter Beifang wieder über Bord geworfen. Ben White vom Animal Welfare Institute ist der Ansicht, dass im Gebiet zwischen San Diego, Costa Rica und Hawaii jährlich mehr als eine Million Delfine durch die Thunfischerei umkommen. Vor drei Monaten brachte die mexikanische Marine, assistiert von der US Coast Guard, das 60 m lange Thunboot «Macel» auf und machte mit über 10 Tonnen Kokain den bisher grössten Fang. Unter einigen Tonnen Thunfisch versteckt wurde Kokain mit einem Strassenwert von fast einer halben Milliarde Franken gefunden.

asms news

Bio-Umsatz durchbricht Milliardengrenze

Die schweizerische Bio-Landwirtschaft wuchs 2002 auf 2003 um 6%. Rund 6500 Bauern und Bäuerinnen bewirtschaften heute den Hof biologisch. Dies ist ein Anteil von 11% an der ganzen Landwirtschaft. Vor allem der Markt mit Frischprodukten – also Milch, Fleisch, Früchte und Gemüse – wächst stark. Mit einer konsequenten Qualitätsstrategie beugt BIO SUISSE den Gefahren einer Überproduktion vor. Neue, ständig sich verschärfende Vorschriften bewirken allerdings steigende Produktionskosten und sorgen bei sinkenden Preisen für Diskussionen unter Biobauern. Heute arbeiten exakt 6466 Landwirtschaftsbetriebe nach den Regeln der BIO SUISSE mit dem Knospe-Label. Das sind 11% aller Schweizer Landwirtschaftsbetriebe. Die Biobäuerinnen und Biobauern bewirtschaften heute mehr als einen Zehntel der Landwirtschaftsfläche. Zwischen März 2002 und März 2003 ist die Zahl der Biobetriebe mit der Knospe um 6% gewachsen.

Bio-Leader ist der Kanton Graubünden mit einem 50%-Anteil an Biobetrieben. Weniger Biobauern, dafür aber einen überdurchschnittlich starken Wachstumstrend verzeichnet die welsche

Schweiz. Hier beträgt die Zunahme der Biobetriebe 14 %.

Bio-Markt – einziger relevanter Wachstumsmarkt in der Landwirtschaft!

Der Umsatz mit Bioprodukten wuchs im Jahr 2002 um 13% auf 1056 Mio. Franken. Erstmals wurde die Milliardengrenze überschritten! Pro Kopf gaben Herr und Frau Schweizer im Jahre 2002 durchschnittlich 144 Franken für Bioprodukte aus. Dreiviertel des Umsatzes laufen dabei über den Ladentisch von Coop und Migros. Zu den Rennern auf dem Bio-Markt gehören vor allem die Bio-Frischprodukte. Sie haben einen Marktanteil von 7%. Milch mit einem Anteil von 12% oder z.B. Karotten mit einem Anteil von 20% ragen heraus. Bei Bio-Gemüse, Bio-Früchten, Bio-Eiern und Bio-Fleisch ist das Wachstum durchgehend zweistellig. Allerdings führt Bio-Fleisch mit einem Marktanteil von 4% immer noch ein Nischendasein. Mit einem Wachstum von 61% beim Rindfleischverkauf im vergangenen Jahr kommt jetzt allerdings starke Bewegung in den Markt. Für das Jahr 2003 ist ein Wachstum des Bio-Fleischmarktes um insgesamt 20% prognostiziert.

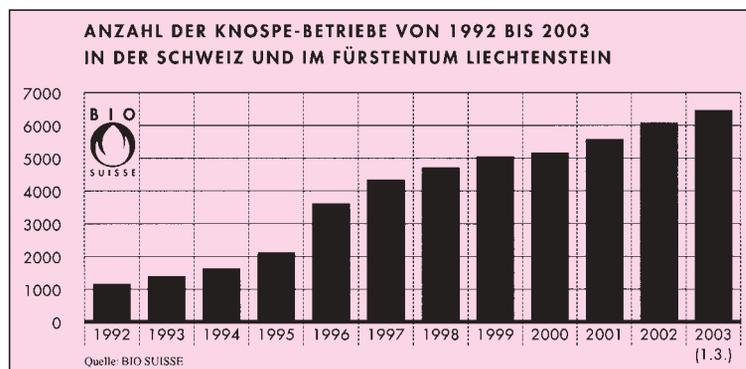
Die Dynamik ist auch im Markt der verarbeiteten Produkte gross. Die BIO SUISSE zertifizierte bis heute über 6000 Produkte von rund 1000 Verarbeitungs- und Handelsunternehmen mit der Knospe.

Qualitätsstrategie setzt dem Wachstum Grenzen

Die Schweiz ist ein Milchland, und auch BIO SUISSE ist stark «Milchlastig». Mittels strikter Ausrichtung auf die Qualität in der Milchviehhaltung will die BIO SUISSE Angebot und Nachfrage im Lot behalten und einen Bio-Milchsee verhindern. Begrenzung des Kraftfuttereinsatzes, Verfütterung von Raufutter (Heu), strikte Düngungsvorschriften, Verbot von Stieren aus Embryotransfer oder

das Verbot des elektrischen Kuhtrainers sind nur einige der Vorschriften.

Regina Fuhrer, Präsidentin der BIO SUISSE, verschweigt nicht, dass strenge Richtlinien und immer neue Produktionsvorschriften innerhalb der Bauernschaft nicht nur eitel Freude bewirken. Sie führen zu Mehrkosten und erhöhen den Kontrollaufwand. Auf der anderen Seite hatten viele Biobauern – trotz hoher Nachfrage z.B. bei der Bio-Milch – Preissenkungen hinzunehmen. In der Sicht vieler Biobauern ist daher das Mass an Änderungen beziehungsweise Vorschriften voll. Sorge bereitet der Umstand, dass immer mehr Entscheide dem demokratischen Prozess entzogen sind, weil die Schweizer Behörden automatisch EU-Bestimmungen übernehmen. Der Entscheidungsspielraum der Biobauern schrumpft. *Bio Suisse*



Die Schule ist keine Ausnüchterungszelle

Stellungnahme des Schweizer Lehrerinnen- und Lehrerverbands

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) ist besorgt über den Cannabis-Konsum an Schweizer Schulen. Die Klagen über Schülerinnen und Schüler, die «beduselt» im Unterricht sitzen, häufen sich. Die Lehrerschaft ist nicht bereit, dies im Zuge der Liberalisierung einfach hinzunehmen.

Für den LCH steht nicht die strafrechtliche oder gesellschaftspolitische Seite der Thematik im Vordergrund, sondern allein die Frage: Wie geht die Schule in der alltäglichen Leistungs- und Disziplinarpraxis mit der Tatsache um, dass sie nachhaltig bekiffte Schülerinnen und Schüler unterrichten soll? Der LCH verlangt von den Schulbehörden eine klare Stellungnahme und Richtlinien für Disziplinarmaßnahmen in chronischen Fällen. Es ist zwar auch unter Drogen-

fachleuten umstritten, ob man mit Prohibition den Konsum eindämmen kann oder nicht. Die neuesten Erkenntnisse über die Zunahme der Wirkstoff-Konzentration in modernen Hanfzüchtungen und die bei einer Liberalisierung von Cannabis zu erwartende Steigerung des Konsums lassen aber auch viele liberal eingestellte Lehrpersonen in ihrer Meinungsbildung nochmals über die Bücher gehen. Die Geschäftsleitung des LCH sieht aus schulischer Sicht zurzeit mehr Gründe für die Beibehaltung des allgemeinen Konsum- und Handelsverbots, als dagegen. Die Liberalisierung würde die Schule sowohl in ihren präventivpädagogischen wie auch in ihren disziplinarischen Möglichkeiten deutlich schwächen.

Ganz klar problematisch ist die schulische Arbeitssituation, wenn Schülerinnen und Schüler bekiff

im Unterricht sitzen. Im Unterschied zum Alkoholproblem spielt beim Kiffen der Drogenkonsum direkter und epidemischer in den Schulalltag hinein. Dass immer mehr Schülerinnen und Schüler in einer körperlichen Verfassung in der Schule erscheinen, welche ein konzentriertes Arbeiten verunmöglicht, ist eine bedenkliche Erscheinung. Neben dem Kiffen sind es ungenügende Ernährung (Unterzuckerung mangels Frühstück bei vielen Schülern schon am Vormittag) und exzessiver Fernseh-, Computer- oder Partykonsum mit zu wenig Schlaf, welche der Lehrerschaft zunehmend zu schaffen machen. Dies trotzdem die meisten Schulgesetze oder Schulverordnungen vorschreiben, dass die Schülerinnen und Schüler in einer körperlichen und geistigen Verfassung in der Schule zu erscheinen haben, die ihnen konzentriertes Lernen ermöglicht.

Die Schulen wie auch deren Partner werden sich etwas einfallen lassen müssen, damit nicht die seriös lebenden Kinder und Jugendlichen in ihrem Lernfortschritt durch die bekifften und übermüde-

ten Klassenkameraden erheblich beeinträchtigt werden. Die Lehrerschaft wäre klar überfordert mit der alleinigen Lösung dieses Problems: Eltern, Schulbehörden und – bei wiederholten Verstössen – auch Strafbehörden müssen wieder vermehrt ihren Teil der Verantwortung übernehmen.

Weiter unbestritten ist der Präventionsauftrag der Schule, der meistens bereits seriös wahrgenommen wird. Viel mehr als Aufklärung betreiben kann die Schule in diesem Bereich aber nicht. Sie ist keine Therapieanstalt und auch keine Ausnüchterungs-, Nachschlaf- und Nachfütterungszelle! Sie wird vermehrt Massnahmen zum Schutz der normal arbeitsfähigen Schülerinnen und Schüler treffen müssen. Die pädagogisch nicht optimalen Ausgrenzungen beeinträchtigter Schülerinnen und Schüler kann nur vermieden werden, wenn die Schule bedeutend mehr personelle Mittel für den Umgang mit diesen Problemen erhalten würde.

Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer

Ja zum mittelfristigen Atomausstieg



Rudolf Keller,
Landrat,
e. Nationalrat
und SD-Zen-
tralpräsident,
Frenkendorf

1975 und in den Jahren danach haben wir in der Nordwestschweiz dank einem Schulterchluss quer durch alle Bevölkerungsschichten den Bau des Atomkraftwerks Kaiseraugst verhindert.

Die Atomlobby drohte uns damals, dass ohne dieses AKW ein Energieversorgungsengpass entstehen würde. Dies ist aber nie eingetroffen. Auch Arbeitsplätze gingen deswegen nicht verloren! Schon damals war man sich bewusst, welche immense technische, ökologische und gesundheitliche Probleme die Atomkraft in sich birgt. Und spätestens seit dem schrecklichen Atomunfall von Tschernobyl weiss man, was für verheerende Schäden die Atomkraft anrichten kann, wenn es zu technischen Problemen oder menschlichem Versagen kommt.

Nach wie vor ist die Entsorgung von giftigen, strahlenden atomaren Abfällen eine nicht gelöste Frage. Wohin mit diesen Jahrtausende strahlenden gesundheitsschädlichen Abfallprodukten? Und in welchem Zustand könnte man diese Abfälle entsorgen? Fragen über Fragen stellen sich und niemand hat bisher eine sichere Lösung auf den Tisch legen können. Darum hat die eher konservative ländliche Obwaldner Bevölkerung kürzlich in einer Volksabstimmung mit deutlichem Mehr gegen ein Endlager im Wellenberg gestimmt. Und deshalb haben die schweizerischen Stimmberechtigten vor einigen Jahren auch dem 10-jährigen Atommoratorium zugestimmt. Sicher ist sicher, hiess damals die Devise. Wir Schweizer Demokraten haben – getreu unserem Parteiprogramm – in den letzten Jahrzehnten im Nationalrat und mit Parolen unseres Zentralvorstandes diese Atomausstiegs-Volksinitiativen immer unterstützt!

Aus demokratischer Sicht stösst es sauer auf, dass alle Stromkonsumenten mit ihrer Stromrechnung einen finanziellen Beitrag zur Bekämpfung der zur Abstimmung anstehenden Atomausstiegs-Initiativen bezahlen müssen. Ob wir wollen oder nicht, die Atomlobby

missbraucht einen Teil ihrer Einnahmen für politische Propagandazwecke. Das ist gelinde gesagt eine Frechheit und eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig.

Es gibt in Europa fortschrittliche Länder, welche mittelfristig aus ihren Atomprogrammen aussteigen wollen. Die Forschung zur Förderung von alternativen Energiegewinnungsanlagen muss deshalb überall und auch in unserem Lande forciert werden. Und eigentlich ist es heute den meisten Leuten klar: Atomkraft ist out! Ausbaufähig wären die Solarenergie, Energie aus Wind (an der Nordsee und in Spanien sind grosse Windkraftwerke im Bau), die Erdwärmegewinnung, in sich geschlossene Energiekreisläufe, ja sogar die vermehrte Energiegewinnung aus einheimischem Holz und vieles mehr. Wir können mit vielfältigsten Massnahmen genügend Strom erzeugen und andere umweltverträglichere Wege der Energieerzeugung beschreiten, ohne dabei in Energieengpässe zu laufen und auch ohne bestehende Arbeitsplätze zu gefährden. Die Förderung neuer umweltfreundlicher Technologien brächte uns im Übrigen neue, anspruchsvolle und qualifizierte Arbeitsplätze, die man grösstenteils mit einheimischen Leuten ausfüllen könnte!

Das ganze ist eine Frage des Willens. Es stellt sich nämlich die Frage, wofür wir immer noch mehr und noch mehr Wachstum überhaupt brauchen? Wachstum, das in unserem Lande im Übrigen nur zu bewerkstelligen ist mit immer mehr Fremdarbeitern. Wollen wir dieser «Atom-Fremdarbeiter-Politik» wirklich Vorschub leisten?

Als letzthin Meldungen durch die Presse geisterten, wonach an unserer Landesgrenze (zum Glück gibt es den Grenzschutz noch) eine dubiose Person mit Plänen eines schweizerischen AKW aufgehalten wurde, war es mir und wohl noch manch anderen wohl eher mulmig zu Mute. Wenn auch nichts passiert ist, sollte man doch zur Kenntnis nehmen, dass Atomkraftwerke Ziele von verrückten Terroristen sein können. Man darf sich nicht ausmalen, was geschehen könnte wenn... Ganz zu schweigen von Ländern, welche die Atomtechnologie nicht nur für

die sogenannte «friedliche Nutzung» brauchen wollen, sondern auch militärisch – sprich: für die Entwicklung der Atombombe (siehe Nordkorea, Israel, Iran, Indien, Pakistan usw.). Deshalb gehört die Atomkraft weltweit geächtet.

Aus unserem politischen SD-Programm für die Legislaturperiode 2003 bis 2007

Energiepolitik

darf sich nicht nach den vermeintlich zwingenden Bedürfnissen von Wirtschaft und Konsumenten richten, weil der Energieverbrauch ohne wirksamen Gegendruck stetig zunehmen wird. Vielmehr muss die Forschung Wege aufzeigen, wie der Energieverbrauch verringert werden kann. Mehrverbrauch belastet die Umwelt.

Je mehr Energie in ein System eingeführt wird, umso mehr wird dessen Wachstum angeheizt und umso störungsanfälliger wird es.

Wir fordern:

– Förderung von Wärmeisolationen an Gebäuden und Anlagen;

- Einführung einer sozialen Energieverbrauchssteuer;
- Abschaffung der Mengenrabatte bei allen Energieträgern;
- Vermeidung unnötiger Klimaauslagen;
- Förderung energiesparender Techniken, zum Beispiel Wärmekraftkopplung, Wärmepumpen, Nutzung der Sonnenenergie für die Warmwasseraufbereitung;
- schrittweisen Ersatz der umweltschädlichen Energieerzeugung aus erschöpfbaren Quellen (fossile Energieträger, Uran) durch umweltfreundlichere und erneuerbare Quellen (Wasser, Sonne, Wind, Holz, Erdwärme);
- Bauten mit Sonnenkollektoren;
- Ausbau und Erneuerung älterer Wasserkleinkraftwerke;
- den mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie.

Für die SD heisst dies am 18. Mai 2003 – unseren Kindern zuliebe:

- JA zur Volksinitiative Strom ohne Atom
- Ja zur Volksinitiative Moratorium Plus



Von den Kollateralschäden zum Staatsterror

Das Unwort «Kollateralschäden» wurde von den Amerikanern im Balkankrieg kreiert. Es diente der Beschönigung der zivilen Opfer bei Angriffen auf angeblich wichtige militärische Objekte im Kosovo und in Serbien. Der Begriff mutierte zum Synonym für «Kriegsverbrechen» im Zusammenhang mit den Bombardements der Amerikaner/Briten in Afghanistan seit dem 8. Oktober 2001.

In der jüngsten Entwicklung ist der Begriff aus den Massenmedien praktisch verschwunden. Es wird auch schwierig von «Kollateralschäden» zu schreiben, wenn mit Bombenteppichen und neuartigen Waffensystemen ganze Strassenzüge dem Erdboden gleichgemacht werden. Eine «Kunst», die übrigens die Israeli seit einigen Jahren perfekt beherrschen, wobei Bulldozer im Verbund mit Panzerkanonen und Luft-Boden-Raketen eingesetzt werden. Wenn eine technologisch hoch überlegene Armee fast ohne eigene Verluste innert 14 Tagen der – angeblich den Weltfrieden gefährdenden – irakischen Armee Verluste von 35'000 bis 100'000 Mann zufügen kann und gleichzeitig eine unendliche Zahl toter und verwundeter Zivilisten hinterlässt, kann man ja wirklich nicht mehr von Kollateralschäden sprechen. Nach der Zielerfassung mittels elektronischer Systeme, dem nachfolgenden ferngesteuerten Einsatz höchst leistungsfähiger Waffensysteme wurden die irakische Infrastruktur und der militärische Führungsapparat ausgeschaltet. Die nachrückenden Panzertruppen brauchten dann bloss noch ungerührt zuzuschauen, wie Sicherheit, Recht und Ordnung für die ganze Zivilbevölkerung zusammenbrach. Dabei wurde das irakische Volk unmenschlich gequält (Plünderung der Spitäler, Zusammenbruch der Strom- und Wasserversorgung), wurden unersetzliche Werte der menschlichen Gemeinschaft durch die Plünderung und Zerstörung des Nationalmuseums und der Nationalbibliothek endgültig vernichtet. Und das wohlverstanden unter den Augen schwer bewaffneter amerikanischer Truppen.

Ein Blick zurück

Die angeblich um Frieden und Sicherheit in der Welt besorgte amerikanische Regierung stützt sich auf eine lange Tradition im rücksichtslosen Durchsetzen machtpolitischer Ziele. Man braucht nicht

unbedingt beim Ausrotten der einheimischen Bevölkerung zu beginnen, um diese Aussage zu verdeutlichen. Es genügt, die Stichworte Nagasaki, Hiroshima und Dresden in Erinnerung zu rufen oder sich Rechenschaft zu geben über die Rolle der CIA in Chile, Panama, Costa Rica, El Salvador, Jugoslawien, Afghanistan und schliesslich im Irak und Iran.

Mit dem Sturz des kommunistischen Gegenspielers als Weltmacht sind die USA unbestritten zur militärisch und wirtschaftlich dominierenden Macht aufgestiegen. Und sie kosten diese Rolle hemmungslos aus!

Dies zeigt sich augenfällig am unglaublich hohen Militärbudget, am Verhalten gegenüber der Weltorganisation, an der Grundhaltung der Bush-Regierung angesichts der Forderung der Weltgemeinschaft zum Schutze der Umwelt usw. O-Ton von G. W. Bush:

«Wir lassen uns von niemandem vorschreiben, wie wir zu leben haben!»

während die USA rund 70% des Weltjahresverbrauches fossiler Energieträger beansprucht und die schlimmsten Umweltbelastungen produziert.

Der deutsche Politik-Wissenschaftler Prof. Emil-Otto Czimpel umschrieb diese Situation wie folgt:

«Die jetzige US-Regierung verfolgt aktiv macht- und rüstungspolitische Interessen. Sie interessiert sich nicht für die Lösung internationaler Konflikte, sondern für deren Zuspitzung. Sie hat eine Präferenz für die Anwendung militärischer Gewalt.»

Und die US-Schriftstellerin Susan Sontag charakterisierte ihr Land in einem NZZ-Gespräch so:

«Dies ist ein selbstgerechtes Land geworden, das besoffen von seiner eigenen Macht ist und seinen Kreuzzug gegen den Feind im Alleingang durchführen wird.»

Das erste Opfer eines Krieges ist die Wahrheit!

Wer die konstruierten Begründungen und angeblichen Beweise für die Notwendigkeit des Irak-Krieges kritisch hinterfragt, kommt zu höchst unerfreulichen Schlussfolgerungen.

Nicht nur ist die Ausrufung des Kampfes gegen den Terror durch Präsident Bush wegen der vielen Ungereimtheiten um den 11. 9. 01 fragwürdig, auch der angeblich notwendige Kampf gegen die irakischen Massenvernichtungsmittel ist eine Farce.



Irakisches Kind: Durch US-Bomben «befreit» – von seinen Armen.

- Massenvernichtungswaffen besitzen im Nahen Osten nicht die arabischen Staaten, sondern die Israeli; weltweit eine Bedrohung durch diese schrecklichen Waffen samt den dazugehörigen Trägersystemen sind die USA, Russland, die GUS-Staaten, China, Frankreich, England, Indien, Pakistan und evtl. Nordkorea.

- Durch das Embargo seit 1992, resp. den 1. Golfkrieg war die irakische Armee entscheidend geschwächt, die Rüstung veraltet und die Entwicklung neuer Waffensysteme verunmöglicht. Dass dem so war, zeigte der Verlauf des Krieges überdeutlich.

- Dass Saddam Hussein 1972 die Ölquellen verstaatlichte und seit damals vor allem die amerikanischen Ölmultis vom grossen Geschäft fernhielt, war sein Hauptverbrechen. Die seinerzeitigen Giftgasangriffe gegen die Iraner und die Kurden hielten jedenfalls Herrn Rumsfeld damals nicht davon ab, geschäftliche Beziehungen im Dienste der Ölmultis zu pflegen. Als weiterer Beweis für diese Aussage mag das Verhalten der amerikanischen Truppen beim Fall von Bagdad gelten. Einzig das Ölministerium wurde geschützt, während die übrigen Ministerien, Spitäler, Museen und Bibliotheken unter den Augen der Besatzer hemmungslos gebrandschatzt und geplündert werden durften.

- Die Verweigerung genügender Zeit für die Waffeninspektoren der UNO und die Ablehnung eben dieser Inspektoren bei der Suche nach Massenvernichtungswaffen nach dem Krieg durch die amerikanische Regierung beweisen schlüssig den fehlenden Willen der USA, die Wahrheit in dieser Sache herauszufinden.

Dass die Kriegsberichterstattung selbst – ebenso wie die hochoffiziellen Verlautbarungen zur Begründung des Waffenganges als reine Propaganda einzustufen sind, ist mittlerweile wohl für jedermann klar geworden. Den traurigsten

Lügenrekord hält dabei keineswegs der mittlerweile ums Leben gekommene irakische Propagandaminister, sondern die Amerikaner, die zugegeben haben, dass die seinerzeitigen Greuelgeschichten über das Verhalten irakischer Soldaten in Kuwait auf in Hollywood gedrehten Propagandafilmen basierten.

Hans-Ulrich Jorges formulierte die Situation im «Stern» 16/2003 so:

«Das Ziel des Feldzuges war niemals an erster Stelle oder gar ausschliesslich die Entwaffnung des Irak, die Zerstörung seiner Massenvernichtungswaffen. Das war nicht mehr als propagandistische Verkleidung, um Unterstützung für die eigentliche Absicht zu gewinnen: den Sturz des Regimes. Und das erklärt auch, warum die Erfolge der Waffeninspektoren, die Konzessionen Saddams, die Beschwörungen aus Berlin und Paris in Washington auf taube Ohren stiessen. – Das Auswecheln unliebsamer, unberechenbarer oder unbeweglicher Potentaten war und ist die Absicht der neokonservativen Strategen in den USA. Nicht nur im Irak. Und hier liegen die gemeinsamen Interessen Amerikas und Israels.»

Und schliesslich:

«Saddams Ende ist erst der Anfang. Der Beginn einer mit atemberaubender Kühnheit – man könnte auch sagen: haarsträubender Risikobereitschaft, missionarischem Eifer und enormer Militärikulisse in Szene gesetzten Neuordnung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens durch die Vereinigten Staaten von Amerika. In klare Sprache übersetzt heisst das nichts anderes als Gewalt und Krieg, jedenfalls die Bereitschaft oder Entschlossenheit dazu, falls politischer Druck und geheimdienstliche Manöver allein den Zweck nicht erfüllen.»

Der Schritt von den Kollateralschäden zum staatlichen Terror

In den Kriegen des ausgehenden 19. und im 20. Jahrhundert wurden die Opfer unter der Zivilbevölkerung – also die sog. Kollateralschäden – im Verhältnis zu den militärischen Verlusten immer grösser. Mit den Bombardierungen von Wohngebieten und der zivilen Infrastruktur vollzogen die Alliierten gegen Ende des 2. Weltkrieges den Schritt zum staatlichen Terror. Der Einsatz der Atombomben in Nagasaki und Hiroshima ohne jede

militärische Notwendigkeit, das Flächenbombardement der Stadt Dresden (im Moment als diese mit Flüchtlingen vollgestopft war) waren erste Höhepunkte dieser «modernen» Strategie. Diese Terrormethode wurde inzwischen von den Amerikanern und den Israeli perfektioniert, indem von Kampfhelikoptern aus Häuser und Autos vernichtet werden, in denen Widerstandskämpfer vermutet werden. Dabei wird offenbar kein Gedanke darauf verschwendet, wie viele Frauen und Kinder, resp. unbeteiligte Zivilpersonen gleichzeitig ums Leben kommen oder verwundet werden. Ein besonders trauriges Beispiel war und ist der Einsatz radioaktiver Geschosse im 1. Golfkrieg durch die Amerikaner. Die Spätfolgen dieses Einsatzes tragen die Neugeborenen, die Kinder und deren Eltern. Nicht zu vergessen die vielen tausend GI's, die heute noch am sog. Golfkrieg-Syndrom – einer Folge radioaktiver Verstrahlung – leiden.

Neue Höhepunkte dieses staatlichen Terrors erlebten wir in den Kriegen gegen Serbien, in Afghanistan und soeben im Irak.

Im 3 Wochen dauernden Feldzug haben die Alliierten nach eigenen Angaben Infrastrukturen zerstört, deren Wiederherstellung um die 100 Milliarden Dollar kosten wird. Nicht eingerechnet sind die menschlichen Kosten, d.h. einige zehntausend toter Soldaten, Tausende toter Zivilisten, Zehntausende von Verletzten, die materiellen Schäden der Zivilbevölkerung und schliesslich der Zusammenbruch von Recht und Ordnung mit den unersetzlichen Verlusten an Kulturgütern.

Aber auch das, was heute noch militärische Auseinandersetzung genannt wird, hat an der technologischen Überlegenheit der Amerikaner wenig mehr mit Kampf zwischen zwei Armeen zu tun. Dieser ist zum reinen Terror durch die technologisch überlegene Seite verkommen.

Nach US-Doktrin verläuft eine moderne Kriegsführung in folgenden Stufen:

- Die erste Stufe ist ein Informationskrieg. Der Angreifer versucht das gesamte Informationswesen des Gegners unter Kontrolle zu bringen. Dabei werden Manipulationen, Fälschungen, Löschung von Daten in den Computersystemen, Desinformationskampagnen zur Schädigung von Einzelpersonlichkeiten, der Wirtschaft und Regierung eingesetzt. Genügt das nicht, um das Land zu den gewünschten Konzessionen zu zwingen, folgt

- Die zweite Stufe mit Luftoperationen aus grosser Höhe. Mit Hilfe von Satelliten-Aufklärung, dem Einsatz von Drohnen und schliesslich Bombardierung und Raketenbeschuss werden die Führungseinrichtungen zerstört, die Logistik, Mobilität, Kommunikationseinrichtungen und Energieversorgung ausgeschaltet. Bleibt der Widerstand gegen den politischen Willen des Angreifers ungebrochen, setzt

- Die dritte Stufe mit Luftoperationen aus geringer Höhe ein. Jetzt werden Stützpunkte und Waffensysteme für den Bodenkampf, vor allem aber Truppenkonzentrationen, Nachschublinien und alle für den verbundenen Kampf der Waffen wichtigen Einrichtungen zusammengeschoßen. Dank Infrarot-Gefechtsfeldüberwachung und computergesteuertem Waffeneinsatz werden Truppenbewegungen auch in der Nacht verunmöglicht. Wenn dadurch die abwehrbereite Truppe zermürt und z.T. vernichtet ist, erfolgt

- Als vierte Stufe der terrestrische Kampf mit hochmobilen Panzerverbänden. Wie im Irak mit aller Deutlichkeit zu erkennen war, liess sich ein geführter Abwehrkampf durch die technisch unterlegenen und schon gewaltig dezimierten und gewiss auch demoralisierten Truppen in diesem Moment nicht mehr führen.

Da diese Art Kriegsführung angeblich eine Minimierung der Kollateralschäden bewirken sollte, ist schwer verständlich, weshalb dann die Siegertruppe nicht sofort und vor allem die zivile Infrastruktur in Besitz nahm und vor dem entfesselten Mob schützte. Ob dieses «Minimum» an Kollateralschäden durch den langfristigen Erfolg des «Kreuzzuges» gerechtfertigt werden kann, werden wir schon in naher Zukunft erfahren.

Schlussfolgerung:

Der moderne Krieg mit dem angeblichen Minimum an Kollateralschäden ist zum reinen Terror-Instrument der kriegswilligen Macht verkommen. Heisse diese Macht nun USA, GB, Israel oder sonstwie. Sollte es nicht rasch gelingen, die UNO-Charta zur «Ächtung und Vermeidung von Kriegen» wieder in Kraft zu setzen, könnten die Amerikaner nun eine Kette von Kriegen auslösen (Syrien ist bereits im Visier!), die tatsächlich in einen Kampf der Kulturen und Religionen ausmünden könnten.

Hans Spitz, Köniz

«Bilaterale II»: Mehr Schein als Sein?

Die Schweiz hat sich etwas früh auf eine Verhandlungsrunde mit der EU und auf eine Vielzahl von Themen eingelassen. Um erfolgreich zu einer Lösung zu kommen, wäre es sinnvoll, sich nur auf die Dossiers zu beschränken, wo ein Abkommen möglich und nötig ist.

Kaum ist das erste Paket der bilateralen Abkommen am 1. Juni 2002 in Kraft getreten, einigte sich die Schweiz bereits schon im Juni 2001 mit der EU darauf, bilaterale Verhandlungen über zehn weitere Themen zu führen. Dabei handelt es sich um Dossiers, die beide Parteien interessieren (Dienstleistungen, Ruhegehälter europäischer Beamten, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Bildung, Medien, Statistik und Umwelt), als auch um einseitige Begehren der EU (Zinsbesteuerung und Betrugsbekämpfung) und der Schweiz (Beteiligung am Schengen- und Dublinssystem). Zur Zeit ist aber die Chance, in diesen Dossiers rasche Ergebnisse zu erzielen, eher gering.

Von den zehn Themen wurden bereits zwei aufs Eis gelegt: Das Dossier Bildung, welches die EU nicht mehr weiter behandeln will und das Dossier Dienstleistungen, weil Brüssel die vollständige Übernahme der europäischen Gesetzgebung betreffend Konsumentenschutz, Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Unternehmungen, Gesellschaftsrecht oder auch der Subventionen an Unternehmen, durch die Schweiz verlangt. Eine exorbitante Forderung!

Die restlichen Themen sind mehrheitlich wegen prinzipiellem Widerstand oder materiellen Problemen an einem toten Punkt angelangt. Die EU verlangt grundsätzlich immer, dass die Schweiz den jetzigen und den zukünftigen gemeinschaftlichen Status übernimmt, was vielem Unbekanntem die Türen öffnen und uns auf unakzeptable Weise die Hände binden würde. Durch die europäischen Vorschläge in einigen Dossiers (zum Beispiel Statistik) entstünden sehr hohe Verwaltungskosten. Einzig die Verhandlungen über die verarbeiteten Landwirtschaftsprodukte, wo die Schweiz ein offenkundiges Interesse hatte, führten sehr schnell zu einem befriedigenden Ergebnis. Von einem Erfolg zu sprechen ist aber zu früh, insbesondere weil der Bundesrat die Verhandlungen parallel und koordiniert führen will. Dies bedeutet,

dass das Abkommen über die verarbeiteten Landwirtschaftsprodukte nicht eher unterzeichnet werden kann, als in den anderen Dossiers eine Einigung erzielt wird. Die EU hingegen beruft sich nicht auf die Koordination aller Dossiers, bestätigt aber, dass sie ohne Einigung in der Zinsbesteuerung nichts anderes unterzeichne.

Gerade die Verhandlungen über die Zinsbesteuerung werden in den Medien hochgespielt. Einige Staaten der EU versuchen, über diesen Umweg das schweizerische Bankgeheimnis zu attackieren, um so die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz zu schwächen. Heute scheint sich die EU mit einer Quellensteuer von 35% zufrieden zu geben, dieser Rückzieher ist aber vielleicht nicht ohne Hintergedanken: Auch die OECD übt Druck auf die Schweiz aus, und die EU-Kommission beabsichtigt schon heute, in einigen Jahren mit einer erneuten Forderung auf einen Informationsabtausch über Sparguthaben an die Schweiz zu gelangen.

Zwar hat die EU, insbesondere für dieses Steuereossier, um die Aufnahme der Verhandlungen gebeten. Weil man aber von einer vollständigen Umsetzung der bilateralen Abkommen noch weit entfernt ist, und diese in den nächsten Jahren im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung viele Probleme stellen wird, war es zu früh, eine Baustelle «Bilaterale II» zu beginnen. Da nun aber die Verhandlungen im Gang sind, ist es bedauerlich, dass der Bundesrat die verschiedenen Themen koordiniert behandeln will; dieses Vorgehen kann sich endlos dahinziehen. Eine Lösung wäre, das «Paket» enger zu schnüren und nur die Dossiers verarbeitete Landwirtschaftsprodukte und Zinsbesteuerung zu behandeln. Bei Letzterem, wo die Moral nur Fassade ist, wäre es wichtig, ein dauerhaftes Abkommen auszuhandeln und nicht nur einen Aufschub für zwei oder drei Jahre!

Die Partie ist schwierig, aber machbar. Wichtig ist, dass der Bundesrat alles unternimmt, um die Interessen des Bundes und der Kantone zu wahren. Als Kapitulation wäre der EU-Beitritt die schlimmste Lösung!

Centre patronal,
Presse und Informationsdienst

Eidgenössische Solidarität: Wenn immer möglich kaufen wir Schweizer Produkte!



Kanton Aargau



Erfreulich: Die SD wachsen weiter:

40 Interessierte gründen die Sektion Fricktal der SD

Neue Note in der Politlandschaft

Die vier bisherigen traditionellen Parteien im Fricktal, CVP, SVP, FDP, SP erhalten Konkurrenz. Am 11. April 2003 wurde in der «Sonne» in Eiken die SD (Schweizer

Demokraten) Fricktal gegründet. Die SD will das politische Geschehen im Fricktal umfassend, angemessen und zielgerichtet beeinflussen. In erster Linie will der Vorstand die Schweizer Demokraten im Fricktal bekannt machen oder falsche Vorstellungen über diese Partei korrigieren, wie betont wird.

Junge stark vertreten

Der Aufmarsch zu dieser Versammlung mit etwa 40 interessierten Personen durfte sich sehen lassen. Vor allem fiel die starke Präsenz der Jungen auf. Von den Anwesenden dürften höchstens etwa acht über 30 Jahre gezählt haben. An die Gründungsversammlung soll ein Lindenbaum erinnern, der nächstens auf dem Gemeindegebiet Wallbach gepflanzt wird. Die Versammlung wurde geleitet vom SD-Kantonalpräsidenten René Kunz, Reinach. Er betonte, dass die Randregionen vermehrt auf die Hinterbeine stehen und sich für die Anliegen ihrer Region einsetzen müssten. Demokratie müsse lebendig sein. Demokratie brauche Opposition. Die neue SD Fricktal werde eine neue politische Note ins Fricktal bringen. Um Erfolg zu haben, müsse man klare Ziele aufweisen und diese Ziele auch erreichen wollen. Die SD müsse nicht engstirnig politisieren sondern offen. Die SD sei eine Arbeiterpartei, welche sich für das Wohl des Men-

Fortsetzung Seite 9

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (ausser Juli/August im Restaurant Brunnenhof, Landorfstr. 29, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion Wil und Umgebung Sektion Stadt St. Gallen und Umgebung	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.infowil.ch/sd-wil 28. Mai: Stamm, ab 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen, St. Gallen, St. Fiden
Ob-/Nidwalden 	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hardeggen (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Seestern in Niederuster Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss In jeder geraden Kalenderwoche ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich (14. Mai, 28. Mai, 11. Juni)

To be
or Nato be



Militärgesetz
NEIN

www.armee21-nein.ch

schen einsetze. Dieser müsse im Mittelpunkt stehen und nicht die Wirtschaft, den Kapitalismus müsse man einschränken.

Gegen Überfremdung

In einem Kurzreferat ging SD-Grossrat Kurt Aeschbach, Dürrenäsch, auf das Problem der Einbürgerungen ein. Die Schweiz dürfe nicht weiter überfremdet werden. Vor allem müsse man bei den Einbürgerungen sorgen, dass nur Leute eingebürgert würden, die sich assimiliert hätten und mindestens die deutsche Sprache beherrschten. Einbürgerungen sollten vermehrt in geheimer Wahl durchgeführt werden. Bei den Eidgenössischen Wahlen trete die SD mit Lidwina Wiederkehr (aufgewachsen in Schupfart) als Kandidatin für den Ständerat an. Der Fricktaler Ständerat Maximilian Reimann werde nicht mehr unter-

stützt. Er sei zu stark europäisch ausgerichtet. Bei den Nationalratswahlen strebe man ein Mandat an.

Marcel Kim als Präsident gewählt

Die Wahlen für den ersten Vorstand boten keine Probleme. Gewählt wurden Patrick Lässig, 1976, Kaufmann, Möhlin; Sacha Weidmann, 1976, Servicemonteur, Wallbach; Boris Gotsch, 1977, Bankinformatiker, MuttENZ; Marco Hasler, 1976, Elektromonteur, Obermumpf; Daniel Bircher, 1964, Alarmzentrale Basel, Rheinsulz, und Marcel Kim, 1976, Postzustellbeamter, Wallbach. Marcel Kim amtet als erster Präsident. Er betonte, dass der Vorstand vor allem die SD bekannter machen wolle. Die Mitglieder seien Aushängeschilder. Die SD sei keine rechtsradikale Organisation. Ohne Problem wurden auch die Statuten genehmigt. (az/om/bgu)

Spitalgesetz: Zustimmung der SD

Der Kantonalvorstand der SD Aargau hat sich intensiv mit den Abstimmungen befasst und die Nein-Parole zu allen eidgenössischen Vorlagen beschlossen. Nein sagen die Schweizer Demokraten auch zum Gesetz über die Anstellung von Lehrpersonen (GAL), zum

Einführungsgesetz Zivilgesetzbuch und zu einer Verkleinerung des Grossen Rates.

Beim Aargauer Spitalgesetz haben die SD Aargau einstimmig die Ja-Parole beschlossen und anerkennen die Strukturen der Spitallandschaft. (mz)

Die SD Aargau rechnen fest mit einem Nationalratsmandat

Listenverbindung mit der Freiheitspartei (FP) beschlossen, EDU und KVP für ein Wahlbündnis willkommen

Der gut besuchte Parteitag vom 2. Mai der Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau stand ganz im Zeichen der Nationalratswahlen vom 19. Oktober 2003. Die Versammlungsteilnehmer haben folgende Nationalratskandidatinnen und Nationalratskandidaten nominiert: Kunz René, Kantonalpräsident, Reinach; Wiederkehr Lidwina, Vizeammann, Rekingen; Aeschbach Kurt, Grossrat, Dürrenäsch; Dr. Najman Dragan, Grossrat u. Einwohnerrat, Baden; Müller Urs, e. Grossrat, Schöffland; Flückiger Ernst, Grossrat, Oftringen; Bircher Daniel, Vizepräsident SD Fricktal, Rheinsulz; Lüscher Adolf, Grossrat, Oberentfelden; Favre Bernhard, Einwohnerrat, Nussbaumen; Kilcher Stefan, Baden; Berner Ursula, Ruppertswil. Der SD-Kantonalvorstand hat zudem von den Anwesenden die Befugnis erhalten, weitere Nominierungen in eigener Kompetenz vorzunehmen. Wie zu erwarten war, wurde Lidwina Wieder-

kehr, Rekingen, einstimmig als Ständeratskandidatin nominiert. Ferner haben die Anwesenden einer Listenverbindung mit der Freiheitspartei zugestimmt. Die Versammlungsteilnehmer haben dem Kantonalvorstand zudem die Kompetenz erteilt, mit der Eidgenössischen Demokratischen Union (EDU) sowie der Katholischen Volkspartei (KVP) Gespräche über Listenverbindungen aufzunehmen.

Wahlen in den Vorstand

Einstimmig wiedergewählt wurden René Kunz, Reinach, als Parteipräsident und Urs Müller, e. Grossrat, Schöffland, als Vizepräsident. Als neue Kassierin wurde Lidwina Wiederkehr, Vizeammann, Rekingen, gewählt. Weiter haben die Versammlungsteilnehmer folgende drei junge aktive Parteimitglieder neu in den Kantonalvorstand gewählt: Marcel Kim, Präsident SD Fricktal, Wallbach; Urs Schell, Schöffland, sowie Sacha Weidmann, Pressechef SD Fricktal, Wallbach.

SD Kantonalsektion Aargau,
René Kunz, Reinach



Kanton Bern



Nationalstadion soll weiterhin «Wankdorf» heissen

SD-Nationalrat Bernhard Hess reicht Postulat ein

Die Schweizer Demokraten (SD) bedauern, dass der Name für das neue Nationalstadion in Bern nicht mehr den altherwürdigen Namen «Wankdorf» trägt, sondern offiziell «Stade de Suisse» heissen soll.

Deshalb hat der Berner SD-Nationalrat Bernhard Hess in der Sondersession einen Vorstoss eingereicht, der verlangt, dass der fest verankerte Name «Wankdorf» mindestens als Zusatz zu «Stade de Suisse» ergänzt wird.

Begründet wird das SD-Postulat zur Namensergänzung auch damit, dass der Bund an der Realisierung des Nationalstadions in Bern mit einem namhaften Betrag beteiligt ist und der Bundesrat deshalb dahingehend intervenieren soll, dass der altherwürdige, festverankerte, fussballhistorische Name «Wankdorf» auch künftig den Namen des Sportstadions trägt. Nur so könne den vielen schönen Erinnerungen und Gefühlen von zahl-



Fussballfreund Bernhard Hess im altherwürdigen Wankdorfstadion anlässlich des letzten Spiels vor dem Abriss vom 14. Juni 2001.

reichen – nicht nur Berner – Fussball- und Sportfreunden gebührend Rechnung getragen werden. In Deutschland etwa sei er fest mit dem Weltmeistertitel von 1954 verknüpft.

Stadt Bern:

Nein zur Verwässerung des Einbürgerungsreglements

Reglement über die Erteilung und Zusicherung des Bürgerrechts der Stadt Bern (Einbürgerungsreglement) und Änderung der Gemeindeordnung der Stadt Bern

Die Schweizer Demokraten der Stadt Bern haben bereits im Stadtrat das Einbürgerungsreglement sowie auch die Änderung der Gemeindeordnung (GO Änderung) abgelehnt.

Das neue Einbürgerungsreglement verschiebt die Zuständigkeit für die Einbürgerung vom Stadtrat auf den Gemeinderat. Die Gemeinden hätten zur Einbürgerung nichts mehr zu sagen, und unser Kontrollinstrument die vorbereitende Einbürgerungs-Kommission würde bei Annahme der Abstimmungsbotschaft abgeschafft.

Da darf man sich ruhig die Frage stellen, warum wir politischen Parteien uns überhaupt noch bemühen, die Vernehmlassungen zu lesen und sie zu beantworten. Gemäss zukünftigem Reglement wird den Parlamentarierinnen und Parlamentariern das Recht zur Einsicht in die persönlichen Daten

der Einzubürgernden entzogen. Warum wohl? Wahrscheinlich weniger wegen den Persönlichkeitsrechten, als vielmehr darum, dass der Gemeinderat in eigener Regie schalten und walten kann wie er will, d.h. er kann künftig auch Zweifelhafte einbürgern. Das neue Reglement ist für den Bürger, welcher die Gesetzesgrundlage nicht kennt, total unverständlich. Es ist eine Zumutung, dem Stimmvolk eine Vorlage, welche als Doppel-Paket geschnürt wird, zu unterbreiten. So wird dem Volk nicht ermöglicht, über das Einbürgerungsreglement und über die dazu gehörende Gesetzesgrundlage getrennt und separat abzustimmen. Die SD der Stadt Bern empfiehlt den Stimmbeteiligten am 18. Mai 2003 das vorliegende Reglement abzulehnen, denn trotz grosser Gastfreundlichkeit hört bei uns die zweifelhaft angewandte Integrationspolitik hiermit auf.

Hans Peter Riesen, Grossrat,
Präsident Stadtsektion Bern



Kanton Thurgau



Linke – einfach unverständlich!

Unsere Krankenkassen sind krank, unser Gesundheitssystem zu teuer! Vor Jahren errechneten die Experten, dass unsere Krankenkassen pro Jahr maximal 40'000 Ausländer neu aufnehmen könnten, weil diese Leute sehr oft einen starken medizinischen Nachholbedarf mit in unser Land bringen würden. Seit Jahren aber beträgt der Zustrom weit über 100'000 pro Jahr, was allerdings dem Bürger verschwiegen und planmässig unterdrückt wird. Es heisst dann etwa in den Medien, im vergangenen Jahr habe der Einwanderungsüberschuss 37'000 betragen. Genau diese Angabe ist in Sachen Krankenkassen irreführend, denn in Tat und Wahrheit sind z.B. im 2001 94'000 neu eingewandert und 57'000 nach Hause zurückgekehrt. Tatsächlich mussten also unsere Krankenkassen 94'000 neu aufnehmen. Zu diesen Zahlen kommen aber noch weitere hinzu. So die Asylbewerber aus aller Welt, die nachgewiesenermassen und sehr oft nur wegen der medizinischen Behandlung in der Schweiz einen Asylantrag stellen, wohlwissend, dass sie ganz und gar nicht verfolgt sind. So finden sich im ganzen Land viele Spitäler mit einem weit höheren Ausländeranteil als die offiziellen 20%; ja oft bewegen sich die Anteile sogar zwischen 50 und 60%!

Am 18. Mai muss unser Land über die «Gesundheitsinitiative» der Linken abstimmen. Die vorgeschlagene Lösung ist in Anbetracht der Fakten mehr als ein Skandal: Menschen, die mehr verdienen, sollen für die Krankenkasse auch mehr zahlen. Die Prämien sollen also nicht mehr für alle mit gleichen Leistungen gleich sein, die Prämien sollen vom Einkommen des Betroffenen abhängig sein. Zudem soll die Hälfte der Krankenkassenkosten mit 3,8% zusätzlicher Mehrwertsteuer finanziert werden. Das aber können viele Menschen nicht mehr verstehen, sie reden von Skandal, denn die Mehrwertsteuererhöhung ist unsozial, der «kleine Mann» bezahlt und sie belastet vor allem die kinderreichen Familien. Die sozial Schwachen zahlen also nach dem Willen der linken Initianten mit ihrem täglichen «Brot» die Prämien. Mehrwertsteuer zahlen wir Konsumenten auf jedem Apfel und auf jeden Cervelat; damit liegt es auf der Hand, eine Familie zahlt dann eben an die 3,6-Prozent-Erhöhung viel mehr als ein einzelner Millionär. Wir Schweizer Demokraten haben grosse Mühe mit der linken «Logik» und erlauben uns, bei dieser Vorlage, von einem «linken Rohrkrepierer» zu reden!

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

Im Grunde sind wir heute schon bankrott!

Neun von zehn Zeitungen haben eben geschrieben: «Die Zunahme von knapp 60'000 Menschen ist laut dem Bundesamt für Statistik auf die stärkere Einwanderung zurückzuführen...» Nur ganz wenige Redaktoren haben ihren Lesern wirklich «reinen Wein eingeschenkt» – leider? Wenn nämlich 94'000 einwandern und 57'000 zurückwandern, zurück in ihre Heimat, weil sie pensioniert wurden oder eine Unternehmung beginnen, dann schreiben eben unsere Regierenden und Medien, hier sei die Zahl der Ausländer um 94'000 minus 57'000 – also um 37'000 angestiegen. Jeder denkt, warum denn diese Einwanderung? Haben wir nicht schon genug Arbeitslose und Ausgesteuerte im eigenen Land? Aber etwas ganz Wichtiges wird leider und total übersehen: Alleine im obigen Bei-

spiel sind 94'000 neu gekommen und die Rückwanderer wurden einfach abgezogen. In Tat und Wahrheit wurden aber 94'000 neu in die Krankenkassen aufgenommen. Hinzu kommen die Zahlen der Asylbewerber und andere Kategorien. Mit jährlich weit über 100'000 Neuaufnahmen – dazu aus Ländern mit gewaltigem Aufholbedarf – können unsere Krankenkassen und unser ganzes Gesundheitssystem nie mehr gesund werden. Unser System, unser Land und unsere Demokratie kann und muss den Bankrott – zum Schaden von uns allen – anmelden, weil kein Mensch mehr diese Prämien und Kosten tragen kann. Ähnlich fragwürdig erscheinen vielen Menschen im Thurgau die 200-Jahr-Feiern. Anstatt die vielen Passiven und abseits stehenden Menschen und Staatsbürger, am

10. Februar gingen 73% nicht mehr an die Urnen, in allfällige Feiern einzubauen, sie teilhaben zu lassen, sie zu interessieren und zu aktivieren, feiern einmal mehr jene 21%, die heute das Sagen im Lande haben. Keine Oppositionspartei ist eingeladen, mitzutragen. Kein Oppositionspolitiker hat je

das Wort, um Anliegen und Wünsche einzubringen! Was ist los mit unserer Demokratie? Haben wir eine funktionierende Demokratie nicht mehr nötig und wie steht es mit jenen 60% Menschen, die nicht mehr an die Urnen gehen?

*SD Thurgau,
kantonale Parteileitung*

Unsere Demokratie wird erdrosselt...



*Willy
Schmidhauser,
Präsident der
SD Thurgau,
Dettighofen*

Noch reden viele von Freiheit! Aber viele Freiheiten sind passé, und offenbar hat niemand etwas davon bemerkt...

Jeder Haus-, Liegenschaften- oder Maschinenkäufer weiss es, je breiter die eingeholte Information über ein Kaufobjekt, desto sicherer und besser wird ein Kauf! Natürlich sind die Angaben des Verkäufers wichtig, doch ebenso wichtig können die Informationen der Nachbarn, der Gemeinden, der Konkurrenz, der Erschliessungs- und Umweltbehörden und vieler Privatpersonen sein. Genau das Gleiche gilt für unsere Demokratie! Wir brauchen breite und umfassende Informationen über Vorlagen und Abstimmungsobjekte. Wir brauchen dazu die Aussagen der Regierenden, die das Abstimmungs-Projekt durchziehen wollen. Aber ebenso wichtig sind Angaben der Opposition und von Gegnern aller Arten. Dazu gehören auch die Schweizer Demokraten, Umweltschützer und/oder Gegner von neuen Strassen und Projekten. Die Menschen sind einfach auf eine möglichst breite Information angewiesen, auf Aussagen von Regierenden und aller Oppositionsparteien und -gruppen, die es überhaupt gibt.

**Die Physik zeigt,
wie es gehen sollte...**

Jeder Magnet hat zwei Pole, einen Nord- und einen Südpol. Die Kraftlinien fliessen in einem geschlossenen Kreislauf. Das heisst, die Stärke des Magnetfeldes ist überall gleich gross! Vom Nordpol fliessen gleich viele Kraftlinien wie aus dem Südpol. Genauso sollte unsere

Demokratie funktionieren! Wir brauchen gleich starke «Felder» bei den Regierungsparteien wie bei den Parteien der Opposition. Auch in den Diskussionen und Darstellungen von Vorlagen sollten Regierende und Opposition immer und ganz selbstverständlich mit gleich langen Ellen zu Worte kommen! Auf Pro-Argumente der Regierenden brauchen die Menschen die Gegenargumente der Opposition. Die Erläuterungen von beiden Seiten sind die Ecksteine unserer Demokratie. Dazu kommen selbstverständlich die Meinungen von Einzelnen, Gruppen und Betroffenen. Ohne dieses breite Meinungsspektrum stirbt jede Demokratie!

**Demokratie ist Teamarbeit –
ein Zusammenspiel!**

Demokratien haben bestimmte Regeln, die grundsätzlich eingehalten werden müssen, ansonsten sind sie sinnlos und ohne Kraft. Regierungsparteien bilden den einen Pol und die Oppositionsparteien den anderen. Präsentieren nun die Regierenden Vorschläge, Lösungen oder Vorlagen mit schönen Worten, so muss eine gesunde Opposition auch ihre Arbeit leisten. Dazu gehört das Studium und die Analyse der gemachten Vorschläge! Jetzt muss das Volk erfahren, was die Opposition dazu zu sagen hat. Meinungen und Ansichten gehören auf den «Tisch», damit Schwachstellen aufgezeigt und diskutiert werden können und müssen. Via Veranstaltungen und Medien müssen Vor- und Nachteile an das andere Ohr der Bürger gelangen, damit auch wirklich abgewägt werden kann – zum Wohle des Landes.

**Medien haben gewaltige
Verantwortung**

Leider ist die Medienlandschaft total auf den Kopf gestellt. Es gibt keine Auswahl mehr und wir müssen froh sein, wenn wir für unsere Region noch eine Tageszeitung

abonnieren können. Darum müssen auch alle Redaktoren umdenken. Vorbei ist die Zeit der Parteizeitungen und definitiv ist die Zeit vorbei, wo einfach eine andere Tageszeitung abonniert werden konnte, wenn z.B. einseitig informiert wurde. Im Thurgau haben wir noch ein Tagblatt, das bestenfalls die obere Hälfte des Kantons abzudecken vermag und andererseits eine Thurgauer Zeitung für die andere Hälfte des Kantons. Liegt es da nicht auf der Hand, dass jede Zeitung von allen und über alle Parteien berichten muss? Die Leser müssen breit und umfassend informiert werden. Das wäre weiter kein Problem. Im Grunde kann jede Zeitung das bleiben, was sie ist, sie muss allerdings bereit sein, zum Beispiel pro Tag eine halbe Zeitungsseite für die oppositionellen Parteien freizuhalten. Wichtig wären auch Gespräche mit Oppositionsleuten, redaktionelle Aussagen und Meinungen der oppositionellen Seite!

Freiheitspartei wurde abgewürgt!

Erinnern wir uns, vor vielen Jahren wurden im Thurgau etwa zehn Kantonsräte der Autopartei beziehungsweise Freiheitspartei gewählt. Voller Enthusiasmus sind die Männer im kantonalen Parlament aktiv geworden. Leider haben die anderen Volksvertreter – friedlich, von links bis rechts vereint – meistens gegen diese Volksvertreter gestimmt und dafür gesorgt, dass nichts zu Stande gebracht werden konnte. Natürlich reichten zehn Stimmen kaum, um im Kantonsrat Vorlagen durchzubringen und neue Schritte einzuleiten. Aber auch die Medien hielten sich zurück, brachten wenig bis keine Informationen von der Freiheitspartei! So war es nicht verwunderlich, dass nach einigen Jahren diese Partei verschwunden war. Viele Kantonsräte der Freiheitspartei wurden aber auch geschäftlich und privat schikaniert; andere klagten, dass ihre Kinder in den Schulen Nachteile hätten und ihre Frauen auf der Strasse spitze und unfeine Bemerkungen hören mussten...

Keine Demokratie in der Demokratie!

Diese Sachlage hat sich nie gebessert. Dazu aber kam die Diffamierung und Benachteiligung durch gewisse Medienleute, die klar und eindeutig – auch heute – Partei ergreifen und ihre Berufung als Berichterstatter missbrauchen. So kandidierte ich vor kurzem für den Pfyner Gemeinderat. Am Donnerstag vor der Abstimmung

brachte die eine Tageszeitung einen totalen Verriss meiner Person mit fragwürdigsten Aussagen und Andeutungen, die niemand wiederholen möchte. Natürlich wurde ich vorher nicht informiert. Ich durfte keine gleichzeitige Stellungnahme dazu schreiben und am Freitag war es für jedes weitere Wort und jede weitere Stellungnahme ohnehin zu spät. Da macht alle Demokratie nur noch wenig Sinn, denn fragwürdige Fäden spannen im Hintergrund Redaktoren mit keinerlei Legitimation, von der fehlenden Fairness soll an dieser Stelle gar nicht gesprochen werden. Wo aber ist unsere Demokratie geblieben? Wo ist eine breite, freie und faire Information der Bürger – als Eckstein unserer Demokratie – geblieben?

Ein grosses Theater – auf Kosten unserer Freiheit!

Darum muss heute vom grossen Theater gesprochen werden, dem verständlicherweise 60% der Menschen den Rücken gekehrt haben! Am 9. Februar 2003 gingen sogar nur noch magere 27% an die Urnen! Aber selbst bei einer Wahlbeteiligung von mageren 40% können 21% der Bürger im Kanton Thurgau bestimmen (die Mehrheit), wer an den Schalthebeln des Staates und der Macht etwas zu sagen hat. Müsste da den Regierenden nicht ein komisches Gefühl im Halse stecken? Ein Gefühl, das Normalsterbliche am liebsten korrigieren würden, weil es ein gewaltiges Unwohlsein bewirkt! Wäre nicht die echte und wirklich faire Demokratie für unser Land dringend nötig? Eines ist sicher, wer in dieser Lage als Regierender und Profitierender noch das Wörtchen Demokratie verwendet, wird Teil eines wirklich grossen Theaters. Da ist alles doch nur noch ein grosser Betrug...

Schweizer Demokraten – Auflösung noch heute...

Was soll in dieser Lage überhaupt noch der Sinn einer Oppositionspartei sein? Wir Schweizer Demokraten sind zwar eine grosse Oppositionspartei – aber ohne Rechte und ohne eine Stimme! Wenn also eine Oppositionskraft nicht mehr sagen darf, was sie dem Bürger unbedingt sagen müsste, kann sie getrost «nach Hause gehen...» Ihr Einsatz macht keinen Sinn mehr, weil die Medien dem Bürger die «andere Meinung» einfach vorenthalten! Demokratie ist tot. Manipulation durch Zeitungsleute und Medienfritze hat «das freie Wort und die freie Meinungs-

bildung» abgelöst. Unser Land hat freiwillig aufgegeben, was Millionen von Menschen auf dieser Welt ersehnen: Freiheit, Unabhängigkeit, freie Meinungsbildung und

demokratische, faire und korrekte politische Entscheide zum Wohle von Volk und Land. Schweizer Demokraten aber sind keine Verräter und sträuben sich gewaltig...



Kanton Zürich

SD bleiben im Zürcher Kantonsrat vertreten

Im Vorfeld der Zürcher Kantonsratswahlen prognostizierten viele Politiker und Journalisten den Schweizer Demokraten das Ausscheiden aus dem Parlament. Daraus ist erfreulicherweise nichts geworden. Unser bisheriger Kantonsrat Hansjörg Fischer (Forch) schaffte im Bezirk Uster mit etwas Glück und dank einer geschickten Listenverbindung, aber auch mit einem sehr guten persönlichen Resultat die Wiederwahl. Herzliche Gratulation!

Im Übrigen muss allerdings von einem sehr enttäuschenden Abschneiden der Partei gesprochen werden. Trotz einem Grossaufgebot von 124 Kandidaten in 15 von 18 Wahlkreisen, einem gelungenen Wahlkampf und manchem guten Auftritt unseres Regierungsratskandidaten Rolf Boder (Winterthur) gab es einmal mehr beträchtliche Stimmenverluste. Im Kantonsdurchschnitt entfielen gerade mal 1,4% der Stimmen auf die SD, und wir kamen nirgends über die Marke von 3% hinaus. Dies ist um so schwerer zu verstehen, als z.B. bei Standaktionen die Reaktionen des Publikums auf unsere politischen Forderungen so positiv waren wie schon lange nicht mehr. Seit einiger Zeit ist auch der Zustrom neuer Mitglieder und Sympathisanten deutlich gewachsen. Man fragt sich bloss: Wo sind die Stimmen all dieser Leute geblieben? In weiten Teilen des Kantons Zürich war die Zahl der eingelegten SD-Listen sogar geringer als diejenige der registrierten Mitglieder und Freunde der Partei! Offensichtlich sind nicht einmal diese geschlossen mit dem SD-Wahlzettel an die Urne gegangen. Seit Jahren intensivieren wir unsere Basisarbeit andauernd, aber sie hat bislang bei Wahlen wenig gefruchtet. Ausserhalb des Kreises der aktiven Parteigänger ernten wir zwar viel Sympathie, aber gewählt werden am Ende doch andere Parteien. Lange Zeit verloren wir die Stimmen von Leuten, die der SVP auf den Leim krochen und glaubten, diese Partei sei gegen die Einwanderung. Eine Wahlanalyse

zeigt nun, dass wir dieses Mal auch viele Wähler(innen) an die SP verloren haben. Es scheint, dass viele patriotisch gesinnte Arbeitnehmer diesmal aus Rezessionsangst sozialdemokratisch gewählt haben.

Zu wenig Profil

Nun kann man die Schuld am miserablen Wahlergebnis den Medien zuschieben, die uns wo immer möglich totzuschweigen versuchen, oder Lehrern, die schon Schülern und «Stiften» eintrichtern, die Schweizer Demokraten seien extrem und noch Schlimmeres. Man kann auch über die Bequemlichkeit und Denkfaulheit grosser Teile des Schweizervolkes klagen und zum Schluss kommen, dieses Volk habe nun halt die Behörden, die es verdiene. Aber das alles führt uns auch nicht aus dem Tief heraus und schor gar nicht an der Tatsache vorbei, dass wir schlicht und einfach zu bieder politisieren und viel zu wenig Ecken und Kanten zeigen. Früher hatte die Nationale Aktion ein eigenes, unverwechselbares Profil. Sie kämpfte gegen den Wachstums-wahn, der uns die Masseneinwanderung von Ausländern und damit verbunden die rasante Zerstörung von Natur und Landschaft bescherte. Sie wehrte sich für die Kleinverdiener und Rentner und gegen die Profitgier mancher Unternehmer und der Grossverteiler, denen letztlich egal ist, ob in der Schweiz noch Schweizer leben oder Menschen von fremden Kontinenten – hauptsächlich, es sind viele ... Vom kämpferischen Geist der NA ist leider, das müssen wir uns eingestehen, wenig geblieben. An seine Stelle ist zum Teil ein kleinbürgerliches Rappenspaltertum getreten. Man schimpft noch ein wenig über die Kosten des Asylmissbrauchs, spricht aber kaum noch über die Überflutung des Landes mit Fremdarbeitern und deren Familiennachzug. Eine konsequente Politik gegen die Überfremdung könnte ja ein kleines Stück vom Wohlstand kosten. Das ökologi-

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11.

sche und soziale Programm der NA besteht auf dem Papier weiter, wird aber kaum noch vertreten. Hemmungsloser Konsum und Eigennutz liegen leider inzwischen auch manchem Schweizer Demokraten näher als

weise Selbstbeschränkung zur Erhaltung der Heimat

und Solidarität mit sozial schwächeren Miteidgenossen. Zu den beiden Atom-Initiativen etwa brachte der SD-Zentralvorstand nur noch mit Mühe ein Ja zu Stande, zu vier autofreien Sonntagen gar nur mit dem Stichentscheid des Präsidenten. Früher, zu NA-Zeiten, brauchte dieses Gremium keine zwei Minuten, um zu gleichartigen Vorlagen einstimmig Ja zu sagen. Grosse Teile der SD sind faktisch zu einem Hilfstrupp des neoliberalen Rechtsbürgertums verkommen, und da wählen die Bürger(innen), die entsprechend denken, eben lieber gleich das Original, Blochers SVP. Und die anderen, nationalsozial denkenden Wähler wenden sich auch ab und wählen wieder wie vor Jahren, als es noch keine NA gab, die Sozialdemokraten. Wenn wir den Karren jemals wieder aus dem Dreck herausbringen wollen, müssen wir den Mut finden, wie früher, in den 70er- und 80er-Jahren, einen eigenen Weg zu gehen: den Weg eines Patriotismus, der die Schweiz als intakten Lebensraum der Eidgenoss(inn)en auf unbegrenzte Zeit

erhalten will, ohne Rücksicht auf ein paar Prozente mehr oder weniger materiellen «Wohlstand». Es bedarf einer klaren Abgrenzung nicht nur gegenüber dem linken und rechten Internationalismus, sondern auch gegenüber dem Glauben an ein immerwährendes «Wachstum», das nur um den Preis der totalen Zerstörung von Volk und Heimat (einstweilen noch) zu haben ist. Die neue SD-Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» ist ein erster Anfang und bietet uns die Chance, wieder Profil zu gewinnen. Weitere Vorstösse – etwa für den längst überfälligen Stopp der Überbauung von Kulturland – müssen folgen! Dann wird sich inskünftig auch bei Wahlen der Erfolg wieder einstellen.

Christoph Spiess-Baumgartner,
alt Gemeinderat NA/SD, Zürich

SD: Nein zur Steuerinitiative

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich hat für die Volksabstimmung vom 18. Mai 2003 die folgende Empfehlung beschlossen: Volksinitiative «Weniger Steuern für niedrige Einkommen» Nein In Anbetracht der gegenwärtigen und für die nächsten Jahre absehbaren Finanzlage kann sich der Kanton Zürich keine weiteren Steuerausfälle leisten. Wenn schon, sollten gezielt Familien entlastet werden, was bei der vorliegenden Initiative nicht der Fall ist.

Rätelecke aus dem Bundeshaus

1. Was ist der Unterschied zwischen unserer Bundesverwaltung und dem Eiffelturm?

Antwort: Beim Eiffelturm sind die grössten Niete zuunterst.

2. Der Gesamtbundesrat steht auf der obersten Plattform des Berner Münsters und will hinunter springen. Wenn alle gleichzeitig springen, wer kommt zuerst unten an?

Antwort: Ist völlig egal, Hauptsache, sie springen. (D.N.)



FM stimmt auch gegen die Armee XXI
– Rudolf Keller und Hannes Steffen
danken für die Unterstützung!

Zwei Kriegsherren: G.W. (!) Bush und Tony Blair

In den meisten Leserbriefen kommen sie nicht gut weg. Ein Leserbriefschreiber macht eine (nur Schweizern verständliche) Anspielung: «Woher nimmt Mr. G. W. (!) Bush das Recht, einfach einen Staat anzugreifen, dessen Regime ihm nicht genehm ist?» Das Ausrufzeichen hat es in sich: Es sagt,

was auch wir denken. Wir Schweizer sind zwar neutral, aber nicht gesinnungsmässig. Was hier G. W. und Tony eigenmächtig durchgeboxt haben, verurteilen weltweit die meisten Menschen. Aus langer Rückschau auf mein Leben bestätigt sich: unser Mitgefühl schlug stets für kleine Völker, wel-

che von Grossmächten drangsalieren werden. In zwei Weltkriegen waren dies: Tschechoslowakei, Polen, Belgien, Niederlande, Norwegen, Ungarn, das Baltikum, Tibet. Im Zweiten Weltkrieg war es ganz besonders Finnland, das uns in damals verzweifelter Lage in unserem Abwehrwillen stärkte. Denn damals sangen die nach Russland eingedrungenen Deutschen das Lied: «Die Schweiz, das Stachel-schwein, nehmen wir im Rückweg ein». Zum Glück kam es anders. Bush gibt sich als Bibel-Christ, Blair ist Sozialist. Alles ist Trug. Wo ist die Internationale der Sozialisten? Wo die Solidarität des inter-

nationalen Gewerkschaftsbundes? Hat jemand gehört, dass Hafnarbeiter streiken? Es gibt noch mutige Menschen: Michael Moore erntete in Hollywood Beifall, als er von einem «fiktiven» Präsidenten und einem «mit fiktiven Vorwänden» vom Zaun gerissenen Kriegsabenteurer sprach. Aus einem fundierten Zeitungsbericht vernahm ich, dass Bush die US-Unterschicht, Neger, Hispanics, Arbeitslose, Schulabgänger verheizt, während er auf seiner Ranch in Texas sein Mittagsschlafchen hält. Es gab und gibt immer viel Ungerechtes auf dieser Welt.

Robert Berner, Rheinfelden

Schweizerische Briefmarkenflut – im Ausland gedruckt

Im Briefmarken-Ausgabenprogramm der Schweizerischen Post werden für im Mai wiederum eine Fülle von Neuheiten angekündigt. Insgesamt sollen 9 Briefmarken, 2 Sonderblocks, 2 Bildpostkarten und weitere Spezialprodukte angeboten werden. (im vermehrt Jugendliche anzusprechen, sind in den letzten Jahren mit Globi- und Pingu-Marken sowie einer Serie mit Teddy-Bären Themen aufgegriffen worden, die zum Sammeln animieren sollen. Diesmal sollen die Jugendlichen mit einer 4 Werte umfassenden Comic-Serie (unsere Abbildung) sowie mit einem Ansichtskarten-Set, Comic-Serigraphien und vier Postern angesprochen werden. Mit diesen Comic-Marken, die im Offsetdruck bei The House of Questa, London, hergestellt wurden, sind internationale keine Lorbeeren zu holen. Die Marken geben mit den Piercing-Typen schon eher die heutige Situation unserer multikulturellen Gesellschaft wider.



Seit der Schliessung der Wertzeichendruckerei Helio Courvoisier S.A. in La Chaux-de-Fonds im Mai 2001 und der Wertzeichendruckerei in Bern im Juni 2002 ist die Schweiz, die früher für über 100 Länder qualitativ hochstehende Briefmarken gedruckt hatte, heute dazu nicht mehr in der Lage, was ein Armutszeugnis ist. Wie in anderen Gebieten hat die Schweiz durch eine verfehlte Politik im Banne der Globalisierung ein Qualitätszeichen und Spitzenprodukt aus der Hand nehmen lassen.

Jakob Kubli, Netstal

Kein Fähnlein der sieben Aufrechten unter Nato-Befehl

Die Armee XXI. ist veraltet, weil sie in einer Zeit konzipiert wurde, die heute der Vergangenheit angehört. Seit dem 11. September 2001, seit Irak und Nordkorea, seit dem Luftabkommen mit Deutschland sind wir desillusioniert, herrscht wieder das Faustrecht. Deshalb brauchen wir eine starke Armee, aber keine Berufarmee, die unbezahlbar wird. Weil wir ein kleines Land sind, musste unsere Unabhängigkeit von unseren Vorfahren während Jahrhunderten unter schwersten Opfern erkämpft werden. Wir brauchen eine bündnis-

unabhängige Armee, die unsere Neutralität schützt, kein Fähnlein der sieben Aufrechten unter Nato-Befehl. Die Vorlage zum Zivilschutz reduziert die Versorgungssicherheit breiter Bevölkerungskreise und zielt auf eine unzweckmässige, zentralistische Zivilschutzorganisation. Die Armee XXI. und das Bundesgesetz Zivilschutz verstossen gegen unsere Bundesverfassung, weil sie die Sicherheit unseres Landes nicht garantieren, und deshalb sind sie abzulehnen.

Arnold Guillet, Stein am Rhein



Pourquoi Georges W. Bush vient à Evian?



Mary Meissner,
Vernier

Commençons par les caisses de résonance mondiale que sont les Forums de Davos, des Bilderberg, de la Trilatérale et maintenant du G8. Elles sont d'une importance capitale dans la stratégie américaine de *global dominance*. De même les réseaux de think task spécialisés dans la production de connaissances stratégiques contribuant fortement au renforcement de la politique de puissance des Etats Unis. Il était donc impensable que le président des USA ne vienne pas lui-même au G8 pour personnifier la politique du Nouvel Ordre Mondial (NOM) et expliquer la stratégie mise en place au cas où sa victoire en Iran n'était pas assez explicite. Ainsi, pour éclairer la situation dans son ensemble et le plus succinctement possible, vais-je essayer d'en tracer les bases.

Pour avoir une politique d'économie impériale à la fois défensive et offensive, il faut qu'elle devienne universelle et irréversible. Les politiciens étasuniens ont donc créé le *concept de perception management* qui est censé procéder à un lavage de cerveau quasi perpétuel devant modifier les cultures. En voici le cheminement: Dans les années 1980 on a assisté aux USA à *l'alerte et à la réaction* par la perte de la maîtrise de fabrication des microprocesseurs au profit du Japon et le brevetage systématique de tous les produits logiciels. D'où la riposte qui fût l'interdiction de l'importation des voitures japonaises, une aide accrue aux services de renseignements, des soutiens économiques camouflés, une protection accrue de protection technologique de la défense et un renforcement de l'assistance juridique.

En 1990 on assiste à la création du NEC (*National Economic Council*), du NSC (*National Security Council*), du NISP (*National Industrial Security Program*) du CEL (*Committee on Foreign Investment*)

pour surveiller les participations et les prises de contrôle du capital étranger. Ce comité est présidé par le Trésor regroupant 11 agences fédérales dont le FBI et la NSA.

Dès l'arrivée au pouvoir du Georges W. Bush, l'Amérique républicaine a renoué avec la conception impériale de sa puissance. Les attentats du 11 septembre ont fourni un excellent prétexte pour promouvoir cette politique.

Cette domination sans partage a donné lieu à l'occupation de l'Afghanistan, maintenant de l'Irak et le ou les coups suivants sont en gestation. Cette politique qui s'est mise en place dès la fin de la guerre froide a été aidée par le renouvellement de la doctrine Monroe qui consiste à succéder aux puissances européennes dans leurs empires coloniaux. On a vu les prolongements de cette politique avec déjà Roosevelt en Algérie, en Indochine et en Afrique noire, puis dans les Balkans. Il faut y ajouter le développement d'une stratégie de conquête commerciale d'ampleur mondiale: domination dans les domaines du textile, de l'alimentation animale, du pétrole, de l'armement, de l'agriculture (on peut y ajouter les OGM), des produits culturels et cerise sur le gâteau, la création d'une taxe de 30% sur les importations d'acier et 80% d'augmentation des aides à l'agriculture. La connivence entre autorités fédérales et multinationales est entretenue de multiples manières; renforcement de la sécurité protectionniste aux exportations, organisation de rencontres public-privé telle la Business Round Table regroupant des dirigeants des 200 plus grandes firmes américaines.

Quant à la recherche de la maîtrise de l'information, aussi bien sur le plan technique qu'humain, elle a été renforcée dans tous les domaines possibles y ajoutant la domination technologique pour le contrôle des réseaux. (Echelon)

Pour ce qui est de la domination culturelle, il y a lieu de noter les standards éducatifs en économie, gestion, marketing, finance, droit des affaires, et procédure boursière. A noter de plus la large ouverture des universités aux étudiants étrangers qui accélère cet impérialisme culturel.

Plus important encore est le domaine juridique qui commence par la déréglementation des marchés et des services publics. Et par le contournement des textes en vigueur, soit le libre échange libéralisé obligeant de ce fait Bruxelles à démanteler tous les monopoles des Etats européens dont la taille peut constituer un élément solide face à la concurrence américaine.

C'est pourquoi l'entrée de dix nouveaux membres dans l'UE était indispensable pour renforcer et équilibrer la mise en place de lobbies et autres moyens de pression. On voit que malgré les condamnations infligées par l'OMC aux Etats Unis, rien n'y a fait puisque ce pays a signé des accords bilatéraux entre compagnies nationales, tout en ouvrant les paradis fiscaux, comme les îles Caïman, pour un marché de 160 milliards de \$ par an. Ces réseaux défiscalisés sont une concurrence certaine face aux petits Européens. Pour que tout cela fonctionne les Etats Unis ont encore mis en place un contrôle sur les sociétés d'audit, de notation et de contrôle de gestion. Depuis deux ans, plusieurs groupes anglo-saxons pèsent lourdement sur les fluctuations boursières, redoutables instruments de puissance indirecte. N'avions nous pas eu raison dès le début de cette stratégie, d'attirer l'attention des boursicoteurs? Nous arrivons immanquablement au fonctionnement des organisations internationales entretenues plus ou moins régulièrement par les cotisations de leurs membres, les USA étant les plus récalcitrants question financière, mais très présents dans l'OTAN, l'ONU, l'OCDE, le FMI, la BM et l'OMC, infiltrées par les personnes favorables à cette mainmise et cela porte ses fruits.

Enfin mentionnons le réseau de banques centrales et la communauté bancaire internationale. Quoique officiellement indépendants, tous ces organismes ont l'œil rivé sur la Banque Fédérale Américaine dirigée par Alan Greenspan, dont les décisions pèsent sur le monde entier. La toile d'araignée que tissent les Etats Unis autour du globe grâce à ses logiciels, s'appelle le renseignement d'entreprises (*Business Intelligence*), renseignement concurrentiel (*Competitive*

Intelligence), guerre de l'information (*Information Warfare*) et le *Lobbying* qu'on ne traduit pas.

Donc ne nous étonnons pas de la venue du président Georges W. Bush à Evian, tout imbu de son arrogante nouvelle puissance après sa guerre éclair en Irak. Les invités du G8 vont-ils s'incliner devant ce tsar fabriqué par certains lobbies, qui use de méthodes brutales et sans appel, qui méprise les tabous sociaux et religieux, qui se prend pour le nouveau Messie? A l'ère du terrorisme banalisé, que le peuple américain s'étonne de subir, il est par contre normal, dans le contexte actuel, que les autorités de la ville de Genève refusent une entrevue de notre actuel président Pascal Couchepin à Cointrin avec l'empereur auto proclamé Bush, sur un tarmac ouvert entouré de centaines de milliers de protestataires furieux et frustrés. La peur et la colère sont de mauvaises conseillères. Enfin, qui vivra, verra.

(Informations tirées du livre de Jean Pichot Duclos «Les guerres secrètes de la mondialisation» aux Editions Lavauzelle.)

Le Piloni: Swisscom débloque

Je lis dans un prospectus envoyé à tous les abonnés, par la direction de Swisscom, que «Les moins de 27 ans pourront téléphoner gratuitement les week-ends, il suffit de s'inscrire pour participer à cette nouveauté au numéro gratuit: 0800 800 800.» Puis, le même jour, dans un quotidien, un gros titre saute aux yeux de tous les lecteurs: «Swisscom va même faire payer l'annuaire de ses cabines. Désormais consulter l'annuaire électronique coûtera 50 centimes.» Où est l'entourloupette? J'attends quelques explications. On s'y perd dans ces petits jeux lancés jour après jour sur la délocalisation des centres de tri postal et la grosse réclame de la distribution des paquets même le samedi (voir les paquets qui assomment les récipiendaires à la TV). Ces organismes publics veulent-ils pousser les citoyens de ce pays à accepter par fatigue, la privatisation de services devenus incompétents, coûteux et brouillons? La méthode est astucieuse, je laisse au lecteur le soin de juger. *Octopus*

L'Afrique se décide à attaquer Washington et Bruxelles à l'OMC

C'est le coton qui a mis le feu aux poudres, mais espérons que d'autres domaines seront bientôt pris en compte. En effet, les responsables africains se sont enfin rendu compte que les subventions américaines et européennes portent un préjudice énorme à la liberté de commerce et à la production prônée par l'OMC dans les pays sous développés qui fondent leurs espoirs sur le libre échange.

Avec une distribution globale de subventions se montant à près de 4.5 milliards de dollars l'an passé aux seuls producteurs de coton, les Etats Unis et l'Europe sont prises on flagrant délit de violation des règles de libre-échange établies par l'OMC. Cette concurrence déloyale ruine les efforts que l'Afrique entame douloureusement – sous pression occidentale – pour les mêmes principes libéraux.

Au nom de tous les pays cotonniers d'Afrique occidentale et centrale, le Bénin, le Burkina Faso, le Mali et le Tchad, (AOC) réclameront à la conférence ministérielle de Cancun en septembre prochain, le démantèlement de ces subventions. Ils demanderont que soit reconnu le caractère stratégique du coton pour le développement de la lutte contre la pauvreté et la stabilité sociale au

sens des engagements pris à Doha. Ils exigeront aussi des compensations financières en attendant l'élimination complète des soutiens. Les USA ont donné 1.7 milliard de \$ à leurs producteurs l'an passé. Autres subventionnements visés, la Chine, l'Espagne, la Grèce, la Turquie, le Brésil, le Mexique, l'Egypte.

Un seul fermier de l'Arkansas, par exemple, cultivant 40 mille acres, a reçu en 2001, 6 millions de \$ (le revenu de 25'000 paysans maliens). Ce qui veut dire que les contribuables américains et européens financent la ruine de millions de personnes dépendant de la production du coton africain. On calcule qu'elles auraient perdu plus d'un milliard de \$ par an.

Après cela, on critique l'incapacité des Africains à redresser leurs budgets! Une fois de plus, toutes les accusations de partialité portées contre l'OMC sont plus que fondées, car au sein de cet organisme, il y a les privilégiés qui ont moins besoin d'être aidés que les pays sous-développés. Au lieu de demander l'annulation des dettes du tiers monde et l'augmentation des pourcentages du PIB, ne vaudrait-il pas mieux régulariser la gabegie et les intolérables disparités qui

s'installent à cause de l'OMC? Ou bien assiste-t-on à une planification consistant à ruiner et éradiquer de la planète, les habitants de l'Afrique? Les guerres secrètes économiques peuvent être aussi létales et destructrices que les guerres classiques, et elles sont concoctées par les forces occultes de la mondialisation.

Tous les efforts consentis par les cotonniers africains sont anéantis au fur et à mesure de cette politique infâme, car ceux qui leur font concurrence pourrait produire facilement autre chose. Pour une fois, heureusement, les pays maltraités ne demanderont pas une aide plus souvent stérile que productive, mais les mêmes règles appliquées à tous. L'AOC est le 7^e producteur et le 2^e exportateur mondial de coton. Il faut qu'il garde sa place sur le marché mondial, car cette production est plus appropriée à l'Afrique qu'ailleurs.

C'est ce que l'ex-ambassadeur Nicolas Imboden a constaté et de ce fait, il vient de créer à Genève, le centre IDEAS qui aide les pays en développement à s'intégrer et à faire entendre leur voix dans le système commercial mondial. Malheureusement, quoique financée par Berne, cette institution n'est

pas appuyée officiellement par la Suisse. Plusieurs responsables rechignent à soutenir officiellement IDEAS de peur d'être accusés de donateurs de leçons. Encore une fois, nos autorités démontrent leur incapacité à prendre des décisions fortes pour montrer l'exemple à défaut d'avoir l'autorité nécessaire pour redresser des injustices provoquant les migrations, le terrorisme et de futurs conflits. Car si l'on parle du coton, n'oublions pas qu'il y a aussi le café, les bananes, les ananas ou le cacao.

Maria de Seimners

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Le Piloni

Une suggestion intelligente sciée

Enfin une suggestion intelligente de la part d'«Economiesuisse» qui propose de refuser aux Etats africains comme le Niger et le Tchad, dont les autorités sont totalement corrompues, une aide financière, tant qu'ils refuseront de reprendre les requérants d'asile qui viennent chez nous. En effet, monsieur Walser s'indigne de l'arrosage financier systématique des pays en voie de développement qui sont mal dirigés et ne savent pas utiliser les fonds versés pour améliorer les conditions de vie de leurs populations.

Mais monsieur Walter Fust, chef de la Direction du développement et de la coopération (DDC), réfute ces arguments et naturellement refuse de changer quoi que ce soit à son aide-arrosage. Il prétend qu'une forte coopération au développement sert l'économie Suisse et crée de nouveaux marchés. Drôle d'explication, lorsqu'on voit qu'il suffit d'une guerre pour mettre en

danger le remboursement des dettes commerciales comme en Irak où la Suisse est créancière de plus de 250 millions de dollars pour des travaux déjà exécutés ou en voie d'exécution qui sont probablement détruits.

Espérons que nos autorités qui viennent de bloquer les avoirs irakiens dans nos banques rembourseront avec ces fonds les entreprises concernées.

Autre incongruité

Déjà avant le fracas des bombes les murmures des liquidateurs de la paysannerie mondiale étaient largement inaudibles. Avec le bruit médiatique actuel, ils passent largement inaperçus. Comme si les discussions qui se poursuivent à l'OMC de Genève pour faire un sort à l'agriculture ne concernaient qu'une poignée de technocrates. Les médias ne parlent plus des ONG et autres mouvements sociaux qui n'arrivent pas à mobiliser la population contre ce forfait inique concernant le sort de 2.5 milliards de paysans qu'on est en train de sceller.

Aux rares échos qui parviennent du Centre William-Rappart, on devine que les 144 pays membres peinent à trouver un terrain d'entente vis à vis de la politique des trois grands blocs: Etats Unis, Union européenne et Etats du Sud qui préconisent l'ouverture d'un seul grand marché sans frontières. Comme toujours avec l'OMC on discute, on propose, on tergiverse, on marchandise sauf l'essentiel. Les questions de politique et l'économie passent avant la faim persistant dans le monde. Ces messieurs oublient que les génocides n'ont pas besoin de bombes et de canons. Le manque de nourriture qui se double maintenant du manque d'eau potable suffit à éradiquer des millions d'hommes, de femmes et d'enfants de la surface de la terre. La mort survient pour ces paysans sans terre et sans espoir comme une délivrance. Mais peut être que les puissances occultes ont trouvé ce moyen pour diminuer la population mondiale, vu que le SIDA n'agit pas assez vite.

Suite en page 14

Guerre de l'informatique

On pourrait aussi dire, guerre de l'information, car l'une ne va pas sans l'autre. A l'heure du terrorisme mondialisé, il faut considérer que les risques les plus dangereux se trouvent dans, avec et par l'informatique et les attaques sophistiquées qu'ils engendrent peuvent avoir des conséquences collectives dramatiques.

Pour comprendre ce problème contemporain, il y a lieu de se référer à l'organisation de la société à travers les âges. L'humanité a passé de la société *agraire* à la *hiérarchie verticale traditionnelle* (au sommet l'église et son clergé, puis le roi et ses vassaux, jusqu'au peuple à la base). La société *industrielle* qui vient ensuite, engendre l'urbanisation, avec son *prolétariat déraciné* facilement soumis à l'idéologie totalitaire léniniste-marxiste *horizontale*.

La société d'aujourd'hui est celle de *l'informatique* qui est en train d'instaurer un nouveau modèle fondé sur une multitude de réseaux appelée *société réticulaire*. Les chaînes hiérarchiques reliées par des courroies de transmission invisibles forment des circuits multiples grâce à l'Internet qui nous oblige à repenser l'exercice de l'autorité dans un sens plus collégial. Mais vu la prépondérance des systèmes américains et les retards considérables qui s'accumulent dans d'autres parties du monde, un

système d'espionnage sophistiqué se met en place et on peut s'attendre à une augmentation de *hackers* formateurs de *virus et autres chevaux de Troie* pour s'arroger le contrôle international des données. Cette société du 3^e type favorise les terroristes de tous bords et surtout les Etats comme les Etats Unis qui ont dépensé des milliards de \$ pour infiltrer l'économie, la politique et la recherche. Cela permet alors la fraude dans les données techniques et scientifiques, surtout médiatiques.

Par exemple il est facile à Georges W. Bush de répéter mille fois qu'il a déclaré la guerre pour trouver en Irak des armes de destruction massive, et qu'il les trouvera un jour ou l'autre. Pendant ce temps, en douce, il transfère ses propres inventés obsolètes dans un endroit secret en Irak ou en Syrie, et un jour, les G.I's trouveront comme par hasard, ces dépôts pour justifier le drame irakien. A grand renfort de propagande télévisée, journalistique et informatique, on verra la destruction spectaculaire de ces fameux dépôts.

La France, dans ce domaine ultra sensible a déjà perdu en 1991, 10.3 milliards de francs dont 57% dus à la malveillance. 80% des entreprises qui ont été victimes d'un sinistre informatique majeur ont dû déposer leur bilan dans les deux ans. Le CLUS (un club des usagers

de l'informatique) évalue à 100 milliards de francs par an les dégâts informatiques sur la planète.

Ces informations inconnues du public, font dresser les cheveux sur la tête et le lecteur se trouve devant un Himalaya de trahisons et de forfaitures. La facilité avec laquelle des petits malins vicieux peuvent transférer par un simple geste, des milliards d'un compte à l'autre, laisse pantois et nous fait comprendre le pourquoi des énormes faillites et fraudes mondiales qui éclatent comme des bombes autour du globe. De là à avoir peur d'un terrorisme presse-bouton, il n'y a qu'un pas pour expliquer la peur de pièges invisibles qui peuvent peut-être nous faire comprendre la psychose étasunienne et l'acharnement à combattre un tel ennemi.

Les Etats Unis étant à la pointe du «progrès» informatique et vivant au cœur de milliards d'informations grâce à leur système Echelon, il y a de quoi paniquer. Nous vivons en dépendance totale des systèmes automatisés et mus par des énergies électriques, électroniques et dépendantes les unes des autres. Quoi de plus facile que d'interrompre en quelques secondes le trafic ferroviaire, les transports publics et tous les ordinateurs pour semer la pagaille et créer un immense chaos? Cela serait pire qu'une bombe sur un toit.

Les pertes abyssales subies par de grandes multinationales provoquent plus de dégâts dans le monde des affaires que des pluies de bombes sur l'Irak, et l'attaque du 11 septembre n'est qu'une pierre dans l'océan.

Voyez Kevin Mitnik, un petit mec rusé qui a détourné en 1995, vingt mille numéros de cartes de crédit représentant plusieurs millions de \$. La même année, la Citybank se faisait dérober une dizaine de millions de \$ par des pirates russes. En 1990, les ordinateurs de l'école polytechnique relevant du ministère de la Défense en France, faisaient l'objet d'intrusions massives et répétées par des prédateurs habitant en Israël. La DST prit le dossier en mains.

Je pense que nous viendrons à regretter l'ancien système de machines IBM et le courrier postal considéré comme archaïque. Car chaque fois que nous ouvrons notre ordinateur ou que nous naviguons sur Internet, nous sommes espionnés, analysés et fichés par Big Brother aussi insignifiants que nous soyons. En connaissance de cause, et sans entrer dans la paranoïa, attendons-nous à subir de drôles d'événements.

Mary Meissner

(Informations tirées du livre du Général Jean Pichot-Duclos, Editions Lavauzelle)

Le Piloni

Suite de page 14

On parle ces temps du prix du café qui s'écroule d'un tiers, alors que Nestlé augmente ses prix de 5.3% et ses bénéfices de 15.9%. Le géant Starbuck a fait encore mieux en doublant ses gains nets. Theilard de Chardin qui prévoyait l'uniformisation planétaire pour atteindre le point Omega, n'avait pas tort, et par le biais de toutes ces organisations internationales soutenues par la volonté des tireurs de ficelles du Nouvel Ordre Mondial, les visions de Theilard de Chardin seront bientôt réalisées. Mais comment? Peut-on accepter et admettre qu'un paysan guatémaltèque ou sarahoui, aie les mêmes chances qu'un paysan d'Ukraine ou du Texas? Bref nous allons vers une désertification rurale, une crise alimentaire déséquilibrée, des catastrophes écologiques, des tensions sociales exacerbées qui ne sont pas du ressort de l'OMC. A quoi donc sert cette organisation? Et que fait l'ONU, cet autre orga-

nisme qui est supposé harmoniser les problèmes mondiaux?

Un enfant en âge scolaire peut comprendre que nous perdons chaque jour sous prétexte de libéralisation, notre autonomie, notre esprit d'invention et nos droits à un environnement vivable et convivial. L'OMC crée des jalousies futures, des rancœurs et des frustrations et creuse encore plus les fossés qui séparent les nantis des déshérités. Nous en arrivons au G8 qui base ses palabres sur les mêmes principes. Les parlottes ne produisent que des compromis boiteux, des promesses impossibles à tenir. Les espoirs communistes du Grand Soir sont remplacés par des lendemains qui chanteront la gloire des multinationales apatrides, aveugles et sourdes.

Paradoxes

Des femmes genevoises, se mobilisent aujourd'hui pour dire NON à la guerre en Irak. Il y a certainement d'autres mouvements de ce genre dans le monde. Je demande

donc pourquoi elles ne se sont pas révoltées de la même façon contre la guerre en Tchétchénie, au Soudan, en Colombie, en Afghanistan et au Kosovo lorsque des femmes ont été violées?

Pourquoi ne disent-elles rien contre l'excision en Afrique ou leynchage en Arabie Saoudite? Et j'en passe. Quelles sont ces forces occultes qui manipulent certaines catégories de population à certains moments de l'histoire? L'invasion du Tibet a provoqué quelques remous, mais pas la mobilisation totale avec des classes d'élèves qui courbent leurs cours.

L'envie des hommes de faire de temps en temps la guerre, se réveille à travers l'histoire depuis la nuit des temps. Aujourd'hui, grâce aux médias qui transmettent inégalement les informations et souvent poussent à l'imitation protestataire, nous assistons à ce phénomène de rejet partiel qui aiguise une prise de conscience déséquilibrée. On ne peut pas tout faire direz-vous! Alors au lieu de s'acharner sur un seul sujet laissant les

autres de côté, mieux vaudrait ne rien faire du tout. Tous ces défilés et ces hurlements à travers nos rues n'ont aucun impact sur les décideurs qui, la plupart du temps sont trop loin et trop occupés pour entendre quoi que ce soit.

Caisse de pension des CFF

Nous devons souligner avec indignation les pertes abyssales qui ont creusé de tels trous dans la caisse de pension des CFF (1.750 milliard de francs). Une fois de plus, des inconscients ont joué à la roulette boursière avec l'argent des employés de cette institution, comme l'ont fait d'autres inconscients avec notre AVS (8 milliards). Les cheminots se voient obligés de payer 3% supplémentaires de cotisations pendant 10 ans pour équilibrer les comptes afin de permettre la distribution normale de leur retraite. Comme 1.5% sera versé par la direction des CFF, cela veut dire que ce sont les passagers qui passeront à la caisse. Il y a vraiment des coups de pied au c... qui se perdent. *Octopus*

SD für Atominitiativen und für Sonntags-Initiative!

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten hat in Bern folgende Parolen für den 18. Mai 2003 beschlossen:

- Ja zur Initiative «Strom ohne Atom»
- Ja zur Initiative «Moratorium Plus»

Ausschlaggebend für die Zustimmung sind vor allem das ungelöste Atomabfallproblem sowie die Tatsache, dass jeder Mensch Fehler machen kann und folglich auch schwere Unfälle mit Atomkraftwerken immer möglich sind. Diese Hypothek wollen wir den kommenden Generationen nicht aufbürden. Zudem hat eine deutsche Studie vor kurzem aufgezeigt, dass auch westliche Atomkraftwerke nicht terrorstabil sind! Anstatt in die veraltete Atomtechnologie zu investieren, sind die Forschungsmilliarden in naturfreundliche, ökologisch sinnvolle Energiegewinnungsmethoden zu stecken.

Die Parole richtet sich auch gegen den grenzenlosen Wachstums-wahn, der nur mit immer mehr Energie und immer mehr Ausländern bewerkstelligt werden kann!

- Nein zum Militärgesetz (Armee XXI)
 - Nein zum Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz
 - Stimmfreigabe zur «Mieter-Initiative»
 - Ja zur «Sonntags-Initiative»
- Ja stimmen, damit wenigstens vier Mal im Jahr der Sonntag wieder zum Sonntag wird. Für einige wenige Tage mehr Lebensqualität, weniger Stress für alle und weniger gehetzt durchs Leben gehen...
- Nein zur «Gesundheitsinitiative»
 - Nein zur Initiative «Gleiche Rechte für Behinderte»
 - Nein zur «Lehrstellen-Initiative»

Schweizer spielen zweite Geige

Wer noch nicht weiss, dass unser Bundesrat (sonderbarerweise «Bundesväter genannt») seit langem nicht mehr die Interessen des Schweizervolkes vertritt, weiss es spätestens seit dem jüngsten Skandalentscheid aus Bern. Die Tessiner Kantonsregierung hatte vom Bundesrat verlangt, dass über die Osterfeiertage der Transitschwerverkehr über den Gotthard unterbunden werden solle, damit der Verkehr während Ostern nicht wieder völlig zusammenbricht, wie dies seit Jahren regelmässig der Fall ist. Der Bundesrat hat diese nach Meinung der SD völlig gerechtfertigte Bitte abgewiesen mit der Begründung, ein Lastwagenverbot würde die ausländischen Lastwagen diskriminieren! Jede

Regierung weltweit vertritt vor allem die Interessen der eigenen Bevölkerung, nicht so unser Bundesrat. Bei unseren «Landesvätern» ist seit Jahrzehnten das Gegenteil der Fall: Das Schweizervolk spielt nur die zweite oder gar dritte Geige, ausländische Interessen haben offenbar absoluten Vorrang. Die Schweizer Demokraten protestieren schärfstens gegen diese ungeheuerliche Diskriminierung vor allem der Bevölkerung von Uri und Tessin zu Gunsten einiger ausländischer Lastwagenfahrer. Es ist höchste Zeit, die Wiederwahl des Bundesrats durch das Stimmvolk einzuführen.

Dr. Dragan Najman,
Pressechef SD Schweiz

Eidgenössische Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten»

Mit Volldampf zur Unterschriftensammlung!

Nun ist der Text von der Bundeskanzlei abgesegnet, der Zentralpräsident hat in der letzten Ausgabe ihn erläutert und erklärt, offene Fragen sind beantwortet, notwendige organisatorische Massnahmen von den zuständigen Gremien getroffen. Es geht darum, mit Volldampf die Unterschriftensamm-

lung in Angriff zu nehmen! Wir werden in jeder Ausgabe an dieser Stelle die Zahl der an der Sammelstelle in Baden eingegangenen Unterschriften veröffentlichen, damit jedermann (und jede Frau!) sich ein Bild über den Fortschritt der Sammlung machen kann. Beim heutigen Redaktionsschluss

ist es zwar noch zu früh, eine solche Zahl zu publizieren. Aber in der nächsten Nummer wird der Anfang gemacht. Auf an die Arbeit! Der Text ist goldrichtig, gerade bei Betrachtung der neuesten Zahlen, die eine rasant ansteigende Zahl von Einwanderern aus aussereuropäischen Gebieten belegen.

Bei ungefähr 10% aller eingesandten Unterschriftenbogen fehlen die Angaben zum Kanton, zur PLZ oder zur politischen Gemeinde. Hier deshalb unsere

Tipps zum korrekten Ausfüllen von Unterschriftenbogen

Kanton: AG PLZ: 5400 Politische Gemeinde: Baden

Nr.	(in Blockschrift)		Geburtsdatum			Wohnadresse		Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
	Name	Vorname	T	M	J	Strasse	Nr.		
1	Muster	Emil	18	6	36	Bergstr.	7	E. Muster	
2	Muster	Martha	9	4	39	Bergstr.	7	M. Muster	
3									
4									
5									

oben: Richtig!

unten: Falsch

Kanton: PLZ: Politische Gemeinde:

Nr.	(in Blockschrift)		Geburtsdatum			Wohnadresse		Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
	Name	Vorname	T	M	J	Strasse	Nr.		
1	Muster	Emil	18	6	36	Bergstr.	7	E. Muster	
2		Martha	9	4	39			M. Muster	
3	Müller	Hans	21	10	65	Talstr.	18	H. Müller	
4	dito	Rita	29	6	68	dito	18	R. Müller	
5	do	Peter	1	12	71	do	18	P. Müller	

Fehler Nr. 1: Kanton, PLZ und politische Gemeinde fehlen!

Fehler Nr. 2: Gänsefüsschen oder dito oder do sind nicht gestattet!

Fehler Nr. 3: Es muss der ganze Bogen eingeschickt werden. Keinesfalls nur die untere Hälfte mit den Unterschriften einschicken. Solche Bogen sind ungültig!

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch